

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando
 Vierteljährlich 3,00 RM, monatlich 1,00 RM,
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit Illustration 10 Pf. Beilage
 "Die Neue Welt" 10 Pf. Beilage
 Abonnement 1,00 RM pro Monat.
 Eingetragene in die Reichs-Verzeichnungs-
 Anstalt. Unter Ausschluss für
 Deutschland und Österreich - Ungarn
 2,50 RM, für das übrige Ausland
 4 RM pro Monat. Postabonnements
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

NO

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 5. August 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Unter Englands Druck.

Von Heinrich Cunow.

Nach Mitteilungen italienischer Blätter beabsichtigt die italienische Regierung den deutsch-italienischen Handelsvertrag vom Jahre 1904 zu kündigen. An der zurzeit zwischen Deutschland und Italien bestehenden Handelslage würde durch solche Kündigung des ohnehin bald ablaufenden Vertrages wenig geändert; dennoch hat sie insofern eine gewisse Bedeutung, als sie die Reihe der Modelstiche, durch die die italienische Regierung die deutsche zu einer Kriegserklärung zu reizen sucht, um einen weiteren vermehrt.

Als das Kabinett Boselli das Salandra'sche Erbe übernahm, stand bereits fest, daß es früher oder später den Wunsch seiner radikal-liberalen Anhänger erfüllt und auf irgendeine Weise den offenen Kriegszustand zwischen Deutschland und Italien herbeizuführen suchen werde, nicht nur weil es noch weit mehr von der Advokaten- und kriegs-fanatiskanen Gelehrtenkaste Italiens abhängt, als das frühere Ministerium, sondern weil es auch in seiner eigenen Mitte mehrere Mitglieder enthält, die schon vor ihrem Eintritt in das Ministeramt für die Kriegserklärung an Deutschland agitieren haben, allen voran Herr Visfolati, der frühere sozialistische Parteiführer. Zudem aber besitzt der von Boselli aus dem früheren Salandra'schen Kabinett mit herübergenommene Minister des Auswärtigen, Sidney Sonnino, in dem neuen Ministerium einen noch größeren Einfluß als im früheren. Sonnino aber war stets der englischen Regierung gefügig. Tatsächlich ist es denn auch England, auf dessen Geheiß das jetzige Vorgehen der italienischen Regierung erfolgt. Wie Nephisto hinter Faust, steht die Asquith'sche Regierung hinter dem Boselli'schen Kabinett und kommandiert: „Geraus mit eurem Flederwisch! Nur zugestohlen! Ich barriere.“ Und die Motive, die England zu diesem Kommando bewegen, sind leicht erkennbar. Es hofft keineswegs darauf, daß Italien dann, wenn die Kriegserklärung erfolgen sollte, größere Heeresmassen aufbieten und Frankreich an der Westgrenze unterstützen werde, wohl aber rechnet es damit, daß Italien in diesem Falle nach dem Friedensschluß, da seine wirtschaftliche Wiederaufrichtung aus eigener Kraft ausgeschlossen erscheint, sich genötigt sehen wird, sich noch enger an England anzuklammern und sich dessen Wünschen zu fügen. Diese Aussicht auf die spätere Vasallenschaft Italiens hat in den Augen der englischen Regierung solchen Wert, daß sie sich, wie italienische Blätter vor kurzem berichteten, sogar herbeigelassen hat, Italien als Belohnung für seine treuen Dienste eine neue finanzielle Unterstützung und eine Vermehrung der Kohlenzufuhr zu versprechen.

Wie Deutschland durch die weitgehendsten Zugeständnisse dem Eingreifen Italiens vorzubeugen versucht hat, so hat es auch später nach dem Ausbruch des Krieges zwischen Italien und Österreich die Rechtsbrüche Italiens mit einer gewissen Langmut hingenommen. Noch kurz vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien, am 21. Mai 1915, war ein Vertrag abgeschlossen worden, in dem es heißt: „Die italienischen Staatsangehörigen in Deutschland und die deutschen Staatsangehörigen in Italien werden hinsichtlich ihrer Person und ihres Eigentums gemäß den Gesetzen und rechtlichen Grundsätzen, die in beiden Ländern in Kraft sind, geschützt sein.“

Bereits einige Tage später verletzte Italien diesen Vertrag. Es duldet, daß am 27. Mai 1915 in Mailand von einer aufgehetzten Volksmenge unter den Augen der Polizei deutsches Eigentum im Werte von vielen Millionen Mark vernichtet wurde. Hinterher wurden zwar mehrere Beamte, die gegen diese Gewalttätigkeiten nicht eingeschritten waren, bestraft, aber das vernichtende Eigentum wurde nicht vergütet und ist bis heute nicht ersetzt worden.

Dann begannen die italienischen Banken unter allerlei Vorwänden die Guthaben deutscher Banken nicht auszuzahlen und darauf erfolgte am 3. November auf Antreiben Englands die Beschlagnahme der in den italienischen Häfen liegenden Rauffahrtschiffe, obgleich nach dem gültigen Handelsvertrag deutsche Staatsangehörige mit ihrem Vermögen von allen militärischen Requisitionen befreit sind. Zudem heißt es ausdrücklich in dem oben erwähnten Vertrag vom 21. Mai 1915, Artikel 14, daß die Vorschriften der sechsten Haager Konvention über die Behandlung der feindlichen Handelsschiffe bei Beginn der Feindseligkeiten auf die italienischen Handelsschiffe in deutschen Häfen und auf die deutschen Handelsschiffe in italienischen Häfen Anwendung finden sollen. Nun gestattet zwar die sechste Haager Konvention unter gewissen Bedingungen die Requirierung fremder in den Häfen festliegender Schiffe, aber nur gegen volle Entschädigung. Solche Entschädigung anubieten, ist Italien jedoch gar nicht eingewilligt. Es beruft sich darauf, daß ja im Haager Abkommen nicht angegeben sei, daß die Entschädigung sofort gezahlt werden müsse, folglich könne Italien immer noch später nach Belieben die Entschädigung zahlen.

Recht aber die Bestimmungen der Haager Konvention immerhin in Zweifel, wenn die Entschädigung für die requirierten Schiffe zu entrichten ist, so ist bezüglich der Ladungen dieser Schiffe die Rechtslage völlig klar. Die Ladung ist den Eigentümern sofort bei der Beschlagnahme auszu-

liefern. Die italienische Regierung hat aber bisher jede Herausgabe verweigert, falls nicht zuvor der Wert der Ladungen in Gold hinterlegt werde. Erfüllen die Eigentümer diese Forderung nicht, so werden einfach die betreffenden Waren zwangsweise versteigert und der Erlös nicht etwa ausgezahlt, sondern vorläufig deponiert.

Diesem Rechtsbruch folgte am 10. Februar 1916 von italienischer Seite (entgegen dem noch immer gültigen Handelsvertrag) das Verbot des mittelbaren oder unmittelbaren Warenverkehrs mit Deutschland und weiter am 16. März das Verbot der Einlösung von Zins- und Dividendenscheinen, die aus deutschem Besitz stammen; eine Maßregel, die am 30. April dahin erweitert wurde, daß auch deutsche Wechsel, Forderungen und Forderungen aus verkauften Wertpapieren künftig nicht mehr in Italien eingezogen werden dürfen.

Trotz dieser fortgesetzten Vertragsbrüche hat sich die deutsche Regierung auf Proteste beschränkt und keine Vergeltungsmassnahmen ergriffen, bis am 16. Mai die italienische Regierung erklärte, sie behalte sich bezüglich des Vertrages vom 21. Mai 1915 die Freiheit ihrer Entscheidung vor, da die deutsche Regierung der Abreise von gestellungspflichtigen Italienern aus Belgien Schwierigkeiten bereitet habe. Eine Behauptung, die zwar insofern richtig ist, als tatsächlich den Italienern nicht gestattet wurde, nach ihrem Belieben ihren Reiseweg nach Italien zu wählen; aber dieses Recht steht ihnen nach dem Vertrag vom 21. Mai 1915 auch gar nicht zu, denn im Artikel 2 dieses Vertrages heißt es wörtlich:

„In gleicher Weise wird ihnen frei stehen, das Land innerhalb derjenigen Frist und auf denjenigen Wegen zu verlassen, die die zuständigen Behörden dafür festsetzen und für nötig erachten; ausgenommen sind aktive Offiziere sowie wegen Vergehens gegen das Gemeinrecht verfolgte oder verurteilte Personen. Die beiderseitigen Staatsangehörigen werden das Recht haben, ihre persönliche Habe mitzunehmen mit Ausnahme derjenigen, für die ein allgemeines Ausfuhrverbot besteht.“

Demnach hat die deutsche Regierung nicht nur das Recht zu bestimmen, in welchen Zeiträumen die Abreise erfolgen kann, sondern auch welche Wege eingehalten werden müssen. Die italienische Regierung ließ jedoch den Hinweis auf den Vertrag überhaupt nicht mehr gelten; sie erklärte kurzweg, sie hielt sich nicht mehr an ihn gebunden. Erst darauf hat die deutsche Regierung den deutschen Banken freigestellt, nun auch keine italienischen Forderungen mehr auszuzahlen. Zugleich wurden die Berufs-genossenschaften angewiesen, vorläufig die Versicherungsrenten der außerhalb Deutschlands lebenden Italiener einzubehalten.

Für die italienischen Arbeiter mag dieser Entzug ihrer Rente recht schmerzhaft sein, die Schuld daran tragen aber lediglich die fortgesetzten Provokationen ihrer eigenen Regierung. Allerdings handelt es sich in diesem Falle kaum aus eigenem Antrieb, sondern auf Drängen Frankreichs und vor allem Englands. Das zeigt sich schon darin, daß das lehterwähnte einschneidende Verbot vom 30. April erst erfolgte, nachdem einige Tage vorher die Pariser Konferenz, zu der als Vertreter Italiens dessen Finanzminister erschienen war, beschlossen hatte, die Ententemächte seien verpflichtet, unter keinen Bedingungen mehr Zahlungen an das feindliche Ausland zu dulden.

Das Ziel Englands ist, wie schon gesagt, Italien nach dem Kriege wirtschaftlich völlig abhängig von sich abhängig zu machen. Für die italienische Geschäftswelt sehr traurige Aussichten, denn Italien ist auf die Zufuhr von Eisen und Eisenwaren aus Deutschland angewiesen, zumal Frankreich, dessen Montanindustrie enorm unter dem Kriege gelitten hat, in den ersten Jahren nach Friedensschluß kaum imstande sein wird, die früheren Lieferungen wieder aufzunehmen. Ueberdies kann Italien den Absatz seiner Früchte, Rohseide, Eier, Häute sowie seines Weins, Honfs, Marmors usw. nach den Mittelmächten nicht entbehren. Im Jahrfünft vor dem Kriege haben die Zentralmächte allein fast ein Viertel der ganzen italienischen Warenausfuhr aufgenommen. England vermag dem Handel Italiens dafür keinen Ersatz zu bieten, selbst wenn es wollte. — (z)

Bern, 4. August. (W. L. B.) „Secolo“ zufolge soll der gestrige Ministerrat in Rom ein Dekret genehmigt haben, wonach den italienischen, auch im Ausland ansässigen Staatsangehörigen der Geschäftsverkehr mit Angehörigen von Ländern, die mit Italien feindlichen Staaten verbündet sind, verboten wird. Trotz des Verbots eingegangene Verträge sind rechtsungültig. Die Vertragschließenden sind strafbar. Ein weiteres Dekret soll der Regierung die Befugnis geben, Handelsgesellschaften, die ihren Sitz in Italien haben und deren Kapitalien gänzlich oder vorzugsweise Bürgern feindlicher Staaten oder mit diesen verbündeter Länder angehören, unter Kontrolle zu stellen. Im Bedarfsfalle kann zur gerichtlichen Beschlagnahme und Liquidation geschritten werden. Versicherungsgesellschaften sollen nicht unter diese Bestimmung fallen.

Verfening eines italienischen Postdampfers

Malta, 3. August. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der italienische Postdampfer „Vetimbno“, 2210 Tonnen, wurde von einem U-Boot versenkt. 28 Ueberlebende sind hier angekommen und erklärten, daß der „Vetimbno“ mit einer Besatzung von 50 Mann und 113 Passagieren auf der Reise von Syrakus nach Benghasi begriffen war, als ein U-Boot zuerst einen Warnungsschuß löste und darauf das Schiff unter fortwährendem Feuern verfolgte. Das U-Boot holte den Dampfer, der die Rettungsboote aussetzte, innerhalb einer halben Stunde ein. Es setzte die Beschießung fort und traf fünf Boote, die vernichtet wurden. Man glaubt, daß die Insassen ertrunken oder durch das Granatfeuer getötet worden sind. Wie verlautet, sind zwei Boote in Syrakus angekommen.

Mahnung zur Völkerverständigung.

Stockholm, 2. August. Auf der neutralen Konferenz wird folgende Erklärung abgegeben werden: An dem Tage, da der Krieg zwei Jahre gedauert hat, wünschen wir unterzeichnete Bürger von Kriegführenden wie von neutralen Staaten eine gemeinsame Erklärung abzugeben, die unseren festen Glauben an eine bessere Zukunft bezeugen soll. Trotz des durch den Krieg hervorgerufenen Hasses glauben wir, daß die Entwicklung der Menschheit sich nicht in der Richtung einer dauernden Feindschaft und Eifersucht zwischen Nationen bewegen wird, sondern vielmehr in derjenigen der Verständigung und des friedlichen Zusammenwirkens. Wir glauben an die internationale Zusammenarbeit auch in dem Sinne, daß die Völker jeden Versuch ablehnen werden, diesem Krieg einen wirtschaftlichen Krieg folgen zu lassen, daß im Gegenteil die Völker für jede Nation die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte zu fordern wünschen. An Verständigung glauben wir in dem Sinne, daß die Völker sich weigern werden, je wieder die Politik der Werrüstungen zu unterstützen, die wo nicht Haß und Feindschaft, so doch gegenseitiges Mißtrauen erzeugt. Wir verurteilen die Meinung, daß Macht, nicht Recht der entscheidende Faktor in der internationalen Politik sein soll. Wir wissen wohl, daß auch in einer besseren, von dem Geiste der Verständigung und des gemeinsamen Schaffens durchdrungenen Zukunft die Streitfragen zwischen Völkern nicht verschwinden werden, aber wir haben den festen Glauben, daß es möglich sein wird, eine zwischenstaatliche Organisation zu schaffen, die in ständiger Weise die Beilegung aller Zwistigkeiten auf friedlichem Wege herbeizuführen. In diesen Tagen der Trübsal möchten wir feststellen, daß trotzdem kein Grund zur Verzweiflung vorliegt und daß die ganze Kulturmenschenheit immer entschiedener die Verwirklichung der Rechtsorganisation der Staatengemeinschaft verlangt, welche die Freiheit und die Rechte aller Völker sichert und alle Werrüstungen und Hindernisse für ihre friedliche ökonomische Entwicklung beseitigt und wir geloben unsererseits mit neuer Energie für diese Grundzüge einzustehen, jeder in seinem Lande zum zukünftigen Wohle und Segen der ganzen Menschheit.

Stockholm, 4. August.

Es folgen zahlreiche Unterschriften aus Dänemark, Norwegen, Schweden und der Schweiz, darunter viele Parlamentarier, Universitätsprofessoren, frühere Staatsminister usw.

Die Namen aus Amerika und den Kriegführenden Staaten sollen später veröffentlicht werden.

Asquith über den Handelskrieg.

Rotterdam, 3. August. (W. L. B.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ wird aus London berichtet: Bei der Beratung im Unterhause über die Beschlüsse der Pariser Konferenz verteidigte Asquith gestern die neue Politik der Regierung mit der Begründung, daß sie gegen die deutschen Handelsmethoden notwendig geworden sei, über die der Krieg die Äußersten die Augen geöffnet habe. Die Beschlüsse der Konferenz hätten einen rein verteidigenden Charakter. Deutschland werde sein System der wirtschaftlichen Durchdringung nach dem Kriege wieder aufnehmen und dabei über sehr beträchtliche Vorteile verfügen. Im besetzten Gebiet von Belgien und Frankreich habe Deutschland Werkstätten und Fabriken zerstört und große Mengen Maschinen und Rohstoffe weggeführt, ohne von den Menschen zu sprechen, die nach den Industriezentren Deutschlands und Österreich-Ungarns geschickt worden seien. Es verläge außerdem über eine mächtige Handelsflotte, die augenblicklich sicher in den eigenen Häfen oder in den Häfen neutraler Länder liege. Aus den deutschen Handelsblättern gehe deutlich hervor, daß die Deutschen mit diesen Faktoren rechneten, um die industrielle und kommerzielle Wiedergeburt der Alliierten zu verhindern. Die Deutschen organisierten schon jetzt Industrien für einen Vorstoß auf die Märkte der Entente und für eine energische und wenn möglich siegreiche Wettbewerbung in neutralen Ländern während der Zeit der allgemeinen Erholung vom Kriege. Die Wiederherstellung des verwüsteten Gebietes sei die allererste Forderung der Alliierten und diese Wiederherstellung müsse sowohl die Erzeugung der Rohstoffe wie der industriellen Maschinen, der Aderbauwerkzeuge, der Vorräte und der Handelsschiffe ein-

schließen. Außerdem hätten sich die Alliierten untereinander verpflichtet, den feindlichen Mächten für eine Anzahl von Jahren die Behandlung auf der Basis der Weisbegünstigung zu verweigern. Das bedeute, daß für diese Periode das Entgegenkommen, das die Alliierten einander beweisen würden, nicht auf Deutschland und Oesterreich-Ungarn ausgedehnt werden solle. Außerdem würden die Alliierten in der Zeit der Erholung vom Kriege ihre Hilfsmittel unter Bedingungen austauschen, die die Maßregeln Deutschlands, sich Vorräte und Material aus den neutralen Ländern zu sichern, durchkreuzen würden.

Der Premierminister sagte weiter: Wir müssen alle deutschen Monopole, die vor dem Kriege bestanden, wie z. B. das Metallmonopol in Australien, verhindern. Das Handelsamt ist eifrig an der Arbeit, Pläne zu entwerfen, um uns von der Zukunft aus freies Land unabhängig zu machen. Was Hartstoffe, nichtraffiniertes Auf und andere wichtige Artikel betrifft, so ist bereits ein Plan für die Subsidierung der hierfür nötigen Wissenschaft und industriellen Unternehmungen aufgestellt. Der Premierminister führte weiter aus, daß sich die Beschlüsse der Pariser Konferenz nicht gegen die Neutralen richteten. Es stehe im Gegenteil fest, daß die wirtschaftliche Offensive, die die Alliierten führten, auch für die Neutralen, deren Interessen dieselben seien wie die der Alliierten, Gefahren einschleife.

Die protektionistische Presse ist mit Asquiths Rede sehr zufrieden. Namens des unionistischen Kriegskomitees erklärte Carson, daß die Pläne, die der Premierminister dargelegt hätte, allgemeiner Natur seien. Sie bänden aber die Regierung und diese könne nicht wieder abgehen. Was aber solle nun in England geschehen und welcher Plan sei beschlossen, ehe der Friede zustande komme? Carson verlangte einen bestimmten Plan, vor allem um zu verhindern, daß Waren unter Preis auf den Markt geworfen würden („dumping“). Ferner eine Abänderung der fiskalischen Politik, um auf diese Weise Deutschland zu treffen und seinen Handel auf das Reichinnere zu beschränken.

Die „Daily News“ nimmt entschieden gegen diese neue Handelspolitik Stellung. Auch „Daily Chronicle“ erklärt: Wir wünschen nicht, daß England und seine Alliierten einen Handelskrieg anfangen und die Feindstaaten nach dem Friedensschluß fortsetzen. Es gibt viele Menschen, die einen Handelskrieg mit Deutschland mit Weisheit begründen. Wir müssen uns deutlich vor Augen halten, daß es für uns notwendig ist, zunächst den militärischen Krieg zu gewinnen und gründlich zu gewinnen, und daß der Friede, der darauf folgt, ein wirklicher Friede sein muß.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 4. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Donnerstagnachmittag. Nördlich der Somme wiesen die Franzosen während der Nacht mehrere Angriffsbereitschaften gegen Monacu zurück und richteten die neuen Stellungen zwischen diesem Geschütz und dem Geschütz von Hem ein. Es bestätigt sich, daß die deutschen Einheiten, die bei Monacu eingesetzt waren, infolge ihrer bedeutenden Verluste seit dem 30. Juli zurückgezogen werden mußten. Südlich der Somme scheiterte ein deutscher Gegenangriff südlich Estrées in unserem Feuer.

Auf dem rechten Ufer der Maas richteten die Deutschen heftige Gegenangriffe auf die Schützengräben, die sie gestern verloren hatten. Heberall brach das Sperrfeuer und das Feuer unserer Infanterie ihre Anstrengungen und brachte ihnen schwere Verluste bei. Die Franzosen rückten südlich Fleury ernstlich vor und erreichten die unmittelbaren Zugänge zu diesem Dorfe, wobei sie an der Station vorbei kamen. Die Zahl der Gefangenen, die allein in der Gegend von Fleury im Laufe des gestrigen Tages gemacht wurden, übersteigt 700; die Gesamtzahl der Gefangenen, die auf dem rechten Ufer der Maas seit dem 1. August gemacht wurde, beträgt 1700. In der Gegend von Vouz, Chapitte und Chénois, geht der Artilleriekampf ohne Infanterietätigkeit heftig weiter. Auf der übrigen Front war die Nacht ruhig, außer im Apremont-Gebiet, wo deutsche Patrouillen durch Gewehrschüsse gesprengt wurden.

Flugwesen: An der Sommerfront schoß Sergeant Chaintot gestern zwei Gegner ab und brachte dadurch die Zahl der von ihm abgeschossenen Flugzeuge auf acht. Ein anderes deutsches Flugzeug mußte infolge des Kampfes weichen und fiel bei Chauny nieder.

Paris, 4. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Donnerstagnachmittag. An der Sommerfront im Laufe des Tages keine Infanterietätigkeit. Der Artilleriekampf in der Gegend von Monacu dauert fort. Am rechten Ufer der Maas nahm unsere Infanterie in Verfolg ihrer Angriffsbewegung an der Front Thiamont—Fleury in einer Reihe von aufeinanderfolgenden Angriffen im Laufe des Tages alle Gräben zwischen diesen beiden Punkten bis südlich des Werkes Thiamont und der Nachbarschaft des Hügel 320. Das Dorf Fleury, das zugleich von Nordwesten und Südosten angegriffen wurde, wurde von unseren Truppen nach einem glänzenden Kampf vollständig besetzt. Die Zahl der Gefangenen, die im Laufe dieser Kampfhandlung gemacht wurden und gegenwärtig gezählt werden, übersteigt 650, was die Gesamtzahl der von uns auf dem rechten Ufer der Maas seit dem 1. August gemachten unermüdeten Gefangenen auf 1750 bringt. In der Gegend von Chénois unternahmen wir gleichzeitig einen lebhaften Angriff, der uns den größeren Teil des von uns vorgestern verlorenen Geländes einbrachte. An der übrigen Front zeitweiliges Geschützfeuer.

Flugwesen: In der Nacht vom 2. August haben unsere Bombenflugzeuge Geschosse auf die Bahnhöfe Ham und Royon abgeworfen. Am Morgen warf ein feindliches Flugzeug Bomben auf Nancy ab. Es sind keine Opfer und kein Schaden zu beklagen. Auch Vons-d-Mousson erhielt einige Geschosse, die ebenfalls keine Wirkung hatten. An der Sommerfront zeigten sich unsere Kampfflugzeuge im Laufe des Tages besonders tätig. Vier deutsche Flugzeuge wurden heruntergeholt, zwei von ihnen in der Gegend von Naurepas, eine bei Guilleumont und ein anderes in der Umgegend von Barleux. Dieses letztere wurde von unserem Unterleutnant Gannemer abgeschossen, der damit sein zwölftes deutsches Flugzeug zur Strecke gebracht hat. Zwei andere Flugzeuge, die ernstlich beschädigt wurden, mußten im Sturzflug in ihren Linien landen, das eine davon bei Veris, das andere bei Anbecq.

Belgischer Bericht: Es ist nichts Besonderes zu melden. Infolge des Nebels war die Artillerietätigkeit heute wenig lebhaft.

Die englische Meldung.

London, 3. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht des britischen Hauptquartiers. Während der Nacht wurde die Arbeit an dem Ausbau des von uns eroberten Geländes und an der Freimachung der Verteidigungsgräben fortgesetzt. Unsere Artillerie war in Tätigkeit, die feindliche Artillerie erwiderte das Feuer während der Abendstunden an unserer Front von Malvern-Horn bis Longueval heftig. Ebenso bei dem Wäldchen von Namey, Freicourt, Becourt und beim Dorfe Pozieres. Bei Tagesanbruch ließ das Feuer nach. Der Feind ließ bei Souchez eine kleine Mine springen, verursachte aber keine Verluste und richtete wenig Schaden an.

London, 3. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Donnerstagnachmittag. Die Briten haben nördlich von Bagentin-le-Petit Boden gewonnen und heftige Angriffe im Walde von Delville zurückgewiesen. Auf dem gewonnenen Gelände bei Bagentin fanden Handgranatenangriffe statt. Vier starke feindliche Abteilungen griffen in der Nacht den Wald von Delville an, worin sie bis dicht an unsere Reihen herankommen, bevor wir das

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 4. August 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Artilleriekampf erreichte nördlich des Acre-Baches wieder große Stärke, er wurde zwischen Acre und Somme mit unverminderter Heftigkeit fortgesetzt. Kräftige feindliche Angriffe sind nördlich von Ovillers, südwestlich von Guilleumont und nördlich des Geschütztes Monacu abgewiesen. Südlich der Somme scheiterte nachts ein Angriff des Gegners bei Barleux.

Den Franzosen gelang es gestern Abend sich in den Besitz unserer Stellungen am Dorf Fleury und südlich des Werkes Thiamont zu setzen. Unsere heute morgen einsetzenden Gegenangriffe brachten uns wieder in den vollen Besitz des Dorfes Fleury und der Gräben westlich und nordwestlich dieses Ortes. Feindliche Angriffe nordwestlich des Werkes Thiamont und gegen unsere Stellungen im Chapitre- und Bergwald wurden gestern Abend unter großen Verlusten des Feindes abgewiesen. Die Lage ist jetzt wieder so, wie sie vor dem mit überaus starken Kräften geführten französischen Angriff war.

Leutnant Walzer setzte im Luftkampf bei Lens seinen 9., Leutnant Frankl vorgestern bei Beaumetz seinen 6. Gegner außer Gefecht. Ferner wurden ein feindlicher Doppeldecker gestern bei Péronne, zwei weitere, wie nachträglich gemeldet ist, am 1. August südwestlich von Arras und bei Dions von unseren Fliegern abgeschossen. Durch Abwehrfeuer wurde je ein feindliches Flugzeug bei Verles-au-Bois (südwestlich von Arras) und bei Ramur heruntergeholt, letzteres aus einem Geschwader, das Ramur mit geringem Sachschaden angegriffen hatte.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Nordwestlich von Postawj zwangen wir durch Feuer den Feind zur Aufgabe vorgeschobener Gräben und wiesen in der Gegend von Spigala (zwischen Narocz- und Wiszniew-See) Vorposten gegen unsere Feldwachpostungen ab.

Am Serwetsch östlich von Gorodischtsche und an der Schtschikara südlich von Baranowitschi lebhaftes Handgranatenkämpfe.

Bei Lubiczow scheiterten abermals starke feindliche Angriffe.

Im Abschnitt Sitowicz—Wielicz entspannen sich heftige Kämpfe, in deren Verlauf der Gegner in das Dorf Radka—Mirynska und die anschließenden Linien einbrang. Im Gegenangriff gewannen deutsche und österreich-ungarische Bataillone sowie Teile der polnischen Legion den verlorenen Boden restlos zurück. Sie machten 361 Gefangene, erbeuteten mehrere Maschinengewehre und wiesen erneute russische Angriffe glatt ab.

Weiter südlich, sowie bei Ostrow und in der Gegend östlich von Swinichy kamen feindliche Unternehmungen in unserem Feuer nicht über die ersten Ansätze hinaus.

Front des Feldmarschalleutnants Erzherzogs Carl.

Bei der Armee des Generals Grafen von Bothmer keine besonderen Ereignisse.

In den Karpathen in Gegend des Kopilas gewannen deutsche Truppen Boden.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Vor den Stellungen südlich von Bitolj fanden für die bulgarischen Vorposten erfolgreiche Gefechte mit serbischen Abteilungen statt.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 4. August. (W. Z. V.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

Westlich der obersten Moldawa und am Czarnyegere Mofj am rechten Flügel der unter dem Oberbefehl des Marschalleutnants Erzherzogs Carl Franz Josef gebildeten Heeresfront entwickelten sich neue für die verbündeten Truppen günstig verlaufende Kämpfe.

In der Mitte und am linken Flügel der Heeresfront des Erzherzogs keine besonderen Begebenheiten.

Bei Jalojke griff der Feind unsere Stellungen an. Er wurde abgeschlagen. Die Kämpfe dauern fort.

Bei der Armee des Generalobersten v. Terdzty-Andzhtschug unsere Kavallerie im Pajonettkampfs einen Angriff zurück. Ein unserer Flieger hat in diesem Raum vorgestern einen feindlichen Herman-Doppeldecker abgeschossen.

Westlich von Kaszowla am Stochod brach gestern vormittag ein starker russischer Angriff zusammen. Nachmittags gelang es dem Feinde durch erneute Versuche, bei Rudza in unsere Linien einzudringen. Verdrängende deutsche und österreich-ungarische Bataillone und Teile der polnischen Legion warfen die Russen des Abends vollends zurück.

Südlich der Bahn Saray—Kowel wehrten die Truppen des Generals Jath einen starken russischen Angriff ab.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert. In mehreren Abschnitten der Isonzofront entwickelte die feindliche Artillerie gestern eine lebhaftige Tätigkeit.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts von Belang.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Döcker, Feldmarschalleutnant.

Feuer eröffneten und schlugen sie dann mit schweren Verlusten zurück. Unsere schwere Artillerie beschloß einen starken Punkt zwischen Thiepval und Pozieres. Die querfliehende Besatzung wurde durch Feldgeschütze mit Granaten beschossen. Auf den anderen Punkten der Sommerfront herrschte gegenseitige beträchtliche Artillerietätigkeit. Zwei feindliche Flugzeuge mußten niedergehen, das eine anscheinend von einem neuen Typ. Drei britische Flugzeuge wurden durch Geschützfeuer zur Landung gezwungen.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 4. August. (W. Z. V.) Amtlicher Nachmittagsbericht vom 3. August:

Westfront: In der Nacht zum 2. August machte der Feind im Raume von Smorgon einen Gasangriff. Der Angriff begann ungefähr um 1 Uhr nachts. Das Gas wurde in sechs Wellen abgelassen mit ungefähr einer Stunde Zwischenraum zwischen den einzelnen Wellen. Der Angriff war etwa um 6 Uhr morgens zu Ende. Die Gaswellen wurden rechtzeitig entdeckt und die Deutschen, welche unter ihrem Schutz einen Angriff versuchten, wurden mit Infanterie- und Maschinengewehrfeuer empfangen. Sie hatten große Verluste und mußten eiligst in ihre Gräben zurückgehen, trotzdem sie nicht einmal über ihre Hindernisse hinausgekommen waren.

Kaukasus: An der Straße nach Rharput, im Raume des Dorfes Kurik (? Gernik, 55 Kilometer nordwestlich von Ruzik), machten unsere Truppen Fortschritte, nachdem sie den Feind aus einer besetzten Stellung auf dem rechten Euphratufer geworfen hatten.

Petersburg, 4. August. (W. Z. V.) Amtlicher Abendbericht vom 3. August. — Westfront: Am Stochod haben sich im Raume der Dörfer Studzewno—Gulewicz erbitterte Kämpfe entwickelt. Bei den Kämpfen am Seret bei Gorodischtsche (20 Kilometer nordwestlich von Tarnopol) wurde der tapfere Regimentskommandeur Oberst Boronow verwundet. — Feindliche Flugzeugüberflüge unsere Unterländer bei Worobijowla, östlich Jezierna. Bei den Kämpfen südlich des Dnjester an der Straße nach Stanislaw wurde der Feldprediger Koforost verwundet.

Kaukasus: Bei Agmat zwischen Rusch und Manakatur an der Straße nach Diarbesir nahmen unsere Truppen türkische Stellungen im Sturm. 7 Offiziere und ungefähr 300 Ustas, eine ganze kriegstarke Kompanie, ergaben sich und wurden gefangen eingebracht. Ein Geschütz und drei Maschinengewehre wurden erbeutet. Der Vormarsch unserer Truppen dauert an, die Gefangenenzahl wächst ständig.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 3. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Im Etich-Tal hält das heftige Feuer der feindlichen Artillerie unter Mitwirkung von Fliegern an. Einer von diesen warf Bomben auf Ala ohne jedoch Personen zu töten oder Sachschaden anzurichten. Im Gebiet des oberen Fossina-Tales schlugen wir gestern einen Angriff gegen unsere Stellungen im Caldiera-Tal ab. Im Trabonanges-Tal meldet man neue Fortschritte unserer Truppen, die uns allerdings durch zähen Widerstand des Gegners heftig bestritten werden. Das Feuer der feindlichen Artillerie gegen Cortina d'Ampezzo und der unferigen gegen bewohnte Orte im Drau-Tal hält an. Auf der übrigen Front ist die Lage unverändert. Cadorna.

Rom, 3. August. (W. Z. V.) Meldung der Agenzia Stefani. Gestern früh beschossen zwei feindliche Torpedobootzerstörer den Hafen Kiseeglie. Der ganze Landstrich ist mit keinerlei Verteidigungsanlagen versehen und bietet keinen militärischen Angriffspunkt für den Feind. Sechs Personen wurden verwundet, darunter zwei Frauen schwer. Infolge des kleinen Kalibers der gebrauchten Geschütze ist der verursachte Sachschaden nicht beträchtlich. Inverleitet wurde gestern früh Durazzo von Flugzeugen aus sehr wirksam bombardiert. Zahlreiche Bomben wurden auf Landungsstellen und Gebäude abgeworfen, die Fliegerstation wurde mehrmals getroffen. Alle Flugzeuge sind unverletzt zurückgekehrt mit Ausnahme eines, das infolge Schadens auf feindlichem Gebiet landen mußte.

Die türkische Hauptquartiersmeldung.

Konstantinopel, 4. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 21. Juli 1916 (türkische Zeitrechnung).

An der Front im Abschnitt von Belahie keine Aenderung der Lage. Eine unserer Freiwilligenabteilungen fügte dem Feinde in einem Treffen, das zwischen ihr und einer schwachen Abteilung des Gegners stattfand, Verluste zu und erbeutete Gespanne und Vieh. In Versten wurde der Feind in einem Kampf, den unsere Truppen den Russen am 16. Juli abends in der Gegend des Ortes Dufan lieferten, gezwungen, sich nach Norden zurückzuziehen. Er ließ 200 Tote auf dem Kampfplatz zurück. Wir eroberten drei Maschinengewehre in gutem Zustande mit allem Zubehör und eine Menge Munition sowie Gewehre und Vieh.

An der Kaukasusfront in den Abschnitten von Vitik und Rusch keine Veränderung. Ein Angriff, den die Russen gegen einen Teil unserer Stellungen im Abschnitt von Dnott, etwa 80 Kilometer südlich von Ergerum unternahmen, wurde zum Stehen gebracht und von unseren Streitkräften zurückgewiesen. An den anderen Abschnitten der Front herrschte im allgemeinen Ruhe.

Ein russisches Torpedoboot beschloß Tireboli und Aresund, ungeschützte Orte an der Küste, einige Häuser wurden zerstört und sechs Einwohner getötet oder verwundet.

An der ägyptischen Front fanden in der Umgebung von Katia fortgesetzt Seearmügel statt. Am 19. Juli beschloß ein feindliches Kriegsschiff auf der Höhe von Ruhamebe eine Stunde lang ohne Ergebnis die Dattelwälder von Hub-el-Redjat und Dyratina östlich von Katia. Das Kriegsschiff wurde durch Bombenwürfe von einem unserer Flugzeuge gezwungen, sein Feuer einzustellen und sich zu entfernen. Von den anderen Fronten ist keine wichtige Nachricht eingelaufen.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 4. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 2. August. Es wird keine Veränderung von der mazedonischen Front gemeldet. Noch den in unserem Bericht vom 27. erwähnten Kämpfen hat sich nichts Erwähnenswertes ereignet außer dem alltäglichen schwachen Artilleriefeuer und unbedeutenden Patrouillenzusammenstößen. Die Verluste des Feindes an Toten in den Gefechten vom 25. bis 27. Juli sind zweimal so groß als die in unserem letzten Bericht angegebenen. Unter den Toten wurden vier Offiziere festgestellt. Wir haben ein Maschinengewehr und eine große Anzahl französischer Gewehre erbeutet.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 4. August. (W. Z. V.) Lloyd's meldet: Der englische Dampfer „Deighinton“, der italienische Dampfer „Lettimbro“, das italienische Segelschiff „Rosarina“ sowie die norwegischen Fischfahrzeuge „Einar“ und „Erling“ sind versenkt worden.

London, 3. August. (W. Z. V.) Lloyd's meldet: Der englische Dampfer „Britannic“ (2240 Tonnen) der Coder-Linie wurde von einem U-Boot versenkt. Der englische Segler „Margaret Sutton“ wurde ebenfalls versenkt.

London, 4. August. (W. Z. V.) Lloyd's meldet, daß der italienische Dampfer „Citta di Messina“ versenkt wurde. Ferner, daß der britische Schoner „Gracwell“, der japanische Dampfer

„Dhinga Maru“ und die Barke „F 2 von London“ versenkt wurden. Der dänische Dampfer „Katholm“ ist wahrscheinlich gesunken.

Zwei italienische U-Boote verloren.

Rom, 3. August. (Meldung der Agenzia Stefani.) Zwei unserer Unterseeboote, die vor längerer Zeit zusammen mit anderen zu einer Unternehmung an den feindlichen Küsten ausgefahren waren, sind nicht mit den anderen zu ihren Stützpunkten zurückgekehrt. Man muß sie als verloren betrachten.

Zum letzten Luftangriff auf England.

Berlin, 4. August. (W. Z. V.) In Ergänzung der amtlichen Meldung über den Angriff unserer Marineluftschiffe auf England am 2. und 3. August erfahren wir noch nachstehende Einzelheiten: In Harwich wurden in zweifachem Angriff die im Hafen liegenden Seefreikräfte, ferner Werft- und Bahnanlagen ausgiebig mit Bomben belegt. In der Grafschaft Norfolk wurden Industrieanlagen und Scheinwerferbatterien von Norwich und Winderton erfolgreich angegriffen. Ferner galt der Angriff Lowestoft, in dessen Nähe eine größere Fabrikanlage infolge Bombenwurfes unter immer neu ausbrechenden Feuererscheinungen in Brand gesetzt wurde.

Ueber die feindliche Gegenwirkung ist zu bemerken, daß auf dem Humber über den Hoopden ein plötzlich aus einer Wolkenficht herausstretendes feindliches Wasserflugzeug dreimal eines unserer Marineluftschiffe anzugreifen versuchte. Das feindliche Flugzeug wurde jedoch jedesmal durch Maschinengewehrfeuer zum Abbreiten veranlaßt und verschwand dann in westlicher Richtung. Auch vor Dartmouth traf eines unserer Luftschiffe auf einen englischen Wasserflieger, der ebenfalls in die Flucht geschlagen wurde.

Die englische Darstellung des Luftschiffangriffs.

London, 3. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. In der Nacht vom 2. zum 3. August erschienen einige feindliche Luftschiffe über den nördlichen und südöstlichen Grafschaften. Die ersten Berichte hierüber liefen gegen Mitternacht ein. Nach diesen Berichten scheinen es nicht weniger als sechs Luftschiffe gewesen zu sein, die bei dem Angriff auf die Grafschaften Norfolk, Suffolk und Essex mehr oder minder gleichzeitig beteiligt waren. Der Angriff dauerte ungefähr eineinhalb Stunden. Mit Ausnahme eines Punktes drangen die Luftschiffe nicht sehr weit in das Innere des Landes ein, sondern sie begnügten sich mit dem Abwurf weniger Bomben auf weit auseinander liegende Ortschaften, hauptsächlich in der Nähe der See. Einige Bomben sind, wie berichtet wird, in die See gefallen. Auf einem Punkte trat die Abwehrgeschütze in Tätigkeit, aber das dort befindliche Luftschiff entkam. In Verbindung mit diesem Angriff strebte ein Luftschiff der Küste von Kent zu. Aus Meldungen vieler Beobachter geht hervor, daß ein zweites dem ersten Luftschiff folgte. Die Zahl der bei diesem Angriff abgeworfenen Bomben läßt diese Behauptung als ganz wahrscheinlich erscheinen. Die Abwehrgeschütze traten in Tätigkeit und ein oder zwei Treffer gegen das erste Luftschiff wurden beobachtet. Einschließlich der Bomben, die man in die See hat fallen sehen, ist bis jetzt im ganzen von 80 Bomben berichtet worden. Der angerichtete Gesamtschaden ist ersichtlich gering. Keun Pferde wurden getötet und drei Pferde verletzt. Ein militärisches Ziel des Angriffes ist nicht ersichtlich.

London, 3. August. (W. Z. V.) Das Reutersche Bureau stellt die Möglichkeit des letzten deutschen Berichtes über den Erfolg der Luftangriffe auf England in Abrede. Kein deutsches Luftschiff sei London auf Meilen in die Nähe gekommen.

Eine Flaschenpost des L 19.

Kopenhagen, 3. August. (W. Z. V.) „Berlingske Tidende“ meldet aus Göteborg: Ein Fischer aus Marstrand fand im Slagerrat eine Flasche, die den letzten Bericht des Kommandanten Kapitänleutnants Löwe von dem am 2. Februar 1916 in der Norbsee verunglückten Luftschiff L 19 enthält.

Der Bericht, der an Korvettenkapitän Straffer gerichtet ist, lautet: Mit 15 Mann auf der Plattform von L 19, unter 8 Grad nördlicher Länge schwimmt die Galle ohne Gondel. Ich veruche, einen letzten Bericht zu erstatten. Dreimal Motorhavarie, leichter Gegenwind auf dem Rücken verzögerte die Reise und führte im Nebel nach Holland, wo wir aus Gewehren beschossen wurden. Drei Motore versagten gleichzeitig und machten unsere Stellung schwieriger. Nachmittags ungefähr um eins ist unsere letzte Stunde angebrochen. Löwe.

Die Flasche, eine gewöhnliche Bierflasche, enthält ferner einige Notizzettel und anherdem fünfzehn letzte Kartengröße der Verlangung an ihre Angehörigen. Löwe schreibt an seine Gattin: Die letzte Stunde auf der Plattform mit meinen Leuten! Lange denke ich an Dich. Vergiß mir alles! Erziehe unser Kind! — Obermatisch ist Friede schreibt: Meine innigste Liebe Maria und Kinder! Reist ist also der Augenblick gekommen, wo ich mein Leben lassen muß. Auf hoher See, auf dem Broddeck unseres Luftschiffes sende ich Dir die letzte Grüße. Es muß aber so sein. Grüße auch die Eltern und Geschwister. Die letzten herlichen Grüße und Küsse von Deinem treuen Knecht! — In einem anderen Schreiben heißt es: 11 Uhr vormittags am 2. 2. 1916. Wir leben noch alle, haben aber nichts zu essen. Früh war hier ein Fischdampfer, ein englischer, er wollte uns jedoch nicht retten. Er hieß „King Stephen“ und war aus Grimsby. Der Mut sinkt, der Sturm nimmt zu. Euer an Euch noch immer denkender Hans. Um 11 1/2 Uhr hatten wir ein gemeinsames Gebet, dann nahmen wir von einander Abschied.

Der gesamte Fund mit der Flaschenpost ist dem deutschen Konsul in Göteborg übergeben worden.

Englischer Geheimbefehl.

Amtlich. Berlin, 4. August. (W. Z. V.) Folgender Befehl ist auf einem durch ein deutsches U-Boot versenkten englischen Vorkostenboot ausgefunden worden:

Geheim. Rear Admiral's Office, Peterhead, 5. Juli 1916. Segelorder. Die Abteilung hat am Donnerstag morgen anfallen am Freitag nach Aberdeen zurückzuführen. Vorläufig sollen keine holländischen Fischfahrzeuge mehr nach Peterhead eingeschifft werden. gez.: C. D. Simpson, Rear Admiral. Ventr. C. Aquist, R. R. — S. W. Z. Onward.

Aus diesem Geheimbefehl folgt, daß die englische Regierung den Befehl gegeben hat, alle holländischen Fischfahrzeuge, deren man habhaft werden konnte, nach England einzubringen. Es war der englischen Regierung also gleichgültig, ob gegen die einzelnen eingeschifften Fischfahrzeuge Verdacht vorlag, der die Einfuhr von geräucherter Fische oder nicht. Es kam ihr offenbar allein darauf an, durch solche Vergewaltigung die Mittel in die Hand zu bekommen, um die beabsichtigte Erpressung gegenüber der holländischen Regierung und gegen die holländische Fischerei durchzuführen zu können.

Zur Erschießung Fryatts.

Amsterdam, 3. August. (W. Z. V.) Das Reutersche Bureau verbreitet folgende Mitteilung: Deutschlands Bemühen, die Erschießung Fryatts vor der Welt im Lichte einer gelegentlichen und gerechtfertigten Handlung erscheinen zu lassen, ist angesichts des Urteils, den seine Hinrichtung in der gesamten neutralen Welt hervorgerufen hat, sehr verständlich. Aber wenn die Handlungswelt der deutschen Regierung auch noch so plausibel dargestellt wird, so kann sie doch nur als flagrantes Justizverbrechen angesehen werden. Die gesamte Praxis der Nationen in den letzten beiden Jahrhunderten erbringt den unwiderleglichen Beweis, daß die „Praxis“ im Rechte war, wenn sie eine Verhaftung oder eine Festführung durch ein feindliches Kriegsschiff zu vermeiden strebte. Die deutsche Admiralität selbst läßt in ihrem Antrag zur Preisgerichtsordnung vom 22. Mai 1914, veröffentlicht am 3. August 1914, zu, daß die Mannschaften eines bewaffneten feindlichen Handelsschiffes als Kriegsgefangene zu behandeln sind, wenn sie der Verhaftung Widerstand leisten. Als Hinrichtungsgrund wird in dem amtlichen Bericht über den Prozeß angegeben, daß Fryatt nicht Mitglied der bewaffneten Macht gewesen sei und den Versuch gemacht habe, das deutsche Unterseeboot zu rammen. Wenn sein Schiff das Unterseeboot versenkt hätte, dann wären die Deutschen durch ihre eigenen Vorschriften verhindert gewesen, ihn anders denn als Kriegsgefangenen zu behandeln. Ein Handelsschiff ist deshalb nicht weniger Handelsschiff, weil es bewaffnet ist. Seine Offiziere und seine Mannschaften sind nicht Mitglieder der bewaffneten Macht, wenn das Schiff auch Kanonen zur Verteidigung führt. Der Gebrauch dieser Bewaffnung zur Selbstverteidigung ist von der deutschen Preisgerichtsordnung als gelegentlich anerkannt, und verschiedene neutrale Staaten, z. B. die Vereinigten Staaten, Spanien und Chile, haben seit Beginn des gegenwärtigen Krieges die Gleichmäßigkeit derartiger Verteidigungswaffen anerkannt. Das Recht der Selbstverteidigung ist auch von Dr. Hans Wehberg, einem deutschen Völkerrechtswissenschaftler, in seinem Werke „Das Seerechtsrecht 1915“ anerkannt worden, welches er nach Ausbruch des gegenwärtigen Krieges veröffentlicht hat. Er sagt darin: „Der Widerstand feindlicher Handelsschiffe gegen die Verhaftung lohnt nur dann als unbedeutend angesehen werden, wenn eine Verhaftung dagegen allgemeine Anerkennung gefunden hätte. In Wahrheit aber kann kein einziges Beispiel aus den internationalen Präzedenzfällen angeführt werden, in welchem die Staaten einem feindlichen Handelsschiff das Recht der Verteidigung gegen einen feindlichen Angriff vorenthalten hätten, und dieses Recht kann es gegen eine Durchsuchung ausüben, wenn eine solche stellt in der Tat die erste Handlung einer Verhaftung dar. Das angegriffene Handelsschiff kann in der Tat selbst das überwindene Kriegsschiff als Preise nehmen.“ Die deutschen Vorschriften machen in diesem einen Unterschied zwischen Angriffen und Verteidigungshandlungen, die von einem bewaffneten Handelsschiff unternommen werden. Angriffe werden als seeräuberei Handlungen betrachtet. Es gibt viele gute Gründe für den Satz, daß es nicht angemessen ist, wenn ein Handelsschiff ein feindliches Handelsschiff angreift, oder wo ihm eine Linie zwischen Verteidigung und Angriff gezogen werden bei dem System der Unterseebootkriegführung, welches von den Deutschen seit länger als 18 Monaten angewandt wird? Die Kommandanten der deutschen Unterseeboote haben mit wenigen Ausnahmen in Mißachtung aller Gesetze des Krieges und der Menschlichkeit gehandelt. Völkerrecht und internationale Sittlichkeit sind von den Deutschen zu Lande und zur See systematisch verletzt worden. Während des gegenwärtigen Krieges ist die Durchsuchung neutraler Schiffe häufig durch Angriffe ohne vorherige Warnung erfolgt worden, und die Pflicht, Personen an Bord der Handelsschiffe vor Verlesung des Schiffes in Sicherheit zu bringen, ist beständig mißachtet worden, und selbst, wenn Zeit gegeben wurde, in die Boote zu gehen, so sind sie meilenweit vom nächsten Lande entfernt den Wellen preisgegeben worden. Der Feind zieht bei seinen Angriffen keine Grenzlinien zwischen bewaffneten und unbewaffneten Handelsschiffen. Untere Handelsschiffe werden deshalb fortgeführt, ohne sich durch die Ermordung Fryatts abfinden zu lassen, sich mit allen Mitteln, aber die sie verfügen, in Uebereinstimmung mit dem Völkerrecht zu verteidigen.

Zu diesen Ausführungen des Reuterschen Bureau erfahren das W. Z. V.:

Zeitweilen ist zunächst, daß Neuter oder vielmehr durch Neuter die englische Regierung verweigert, daß sie selbst ihre Handelsschiffe aufgefördert hat, jedes Unterseeboot, sobald es gesichtet wird, anzugreifen, und zwar ohne eine feindselige Handlung desselben abzuwarten, daß sie für die Vernichtung deutscher U-Boote Prämien ausgesetzt hat, und daß sie dem Kapitän Fryatt für die von ihm behauptete Vernichtung eines deutschen U-Bootes eine Prämie gegeben hat. Festzustellen ist ferner nochmals, weil Neuter hier zu verbrechen sucht, daß Kapitän Fryatt nicht deshalb zum Tode verurteilt worden ist, weil er sich verteidigt hat, sondern weil er einen heimtückischen Ueberfall zu dem Zwecke unternommen hat, um sich durch Vernichtung des U-Bootes die ausgesetzte Prämie zu verdienen. Wenn demnach für die Bestrafung des Kapitän Fryatt auch die Frage, ob ein feindliches Handelsschiff sich gegen ein es anhaltendes Kriegsschiff verteidigen darf, gar nicht zur Anwendung kommt, sei doch kurz auf die Frage eingegangen, weil Neuter sie zur Irreführung der öffentlichen Meinung als für die Beurteilung der Sache maßgebend mißbraucht. Wiederholt wird dabei, was schon in der Zeitschrift vom 8. Februar 1916 zum Ausdruck kam, daß Deutschland ein allgemeines Recht zur Verteidigung nicht anerkennt. Ob England auf einem anderen Standpunkt steht, ist gleichgültig, denn Rechtswidriges wird dadurch nicht Recht, daß England es, weil seinen Zwecken frommend, als Recht hinzustellen sucht. Oder will England etwa auch behaupten, daß sein Schaumseer, allem Völkerrecht ins Gesicht schlagender Hungerkrieg gegen die wehrlose deutsche Bevölkerung Recht sei, weil es ihn als Recht hinstellt? In dieser Beziehung hat ja bekanntlich die letzte Rote der Vereinigten Staaten schon klar genug gemacht, was von solchen englischen Behauptungen über Recht und Unrecht zu halten ist. Die Zeit war einmal, daß Deutschland alles das unbedenken als richtig hinnahm, was englische Preisgerichte zur Verteidigung der jeweiligen seeräuberei Zwecke Englands als „Recht“ hinstellten! Neuter versucht aber auch durch ein Zitat aus dem Buche eines Deutschen, des Dr. Wehberg, nachzuweisen, daß die englische Ansicht über das Recht zur Verteidigung auch die Ansicht der deutschen Wissenschaft sei. Wenn man schon einmal aus Wehberg zitieren will, so soll man das wenigstens ganz tun. Zur man das, so findet man, daß sogar Wehberg auf dem Standpunkt steht, daß die Anlage zur deutschen Preisgerichtsordnung, die den Belagungen feindlicher bewaffneter Schiffe die Stellung von Kriegsgefangenen zusichert, sich nur auf bewaffnete Handelsschiffe bezieht, denn er sagt ausdrücklich: Der bewaffnete Widerstand von feindlichen unbewaffneter feindlicher Handelsschiffe wird stillschweigend als unerlaubt angesehen. Festzustellen ist also auch hier wieder eine bewusste Irreführung. Im übrigen ist Neuter darauf hingewiesen, daß die deutsche Wissenschaft keineswegs von Wehberg repräsentiert und daß noch viel weniger das Buch Wehbergs als verbindlich für das, was nach deutscher Ansicht Recht ist, angesehen wird.

Zum Schluß sei noch ein Wort gesagt zu dem Satz: „Das Völkerrecht wie die internationale Sittlichkeit sind von den Deutschen an Lande und zur See systematisch verletzt worden.“ Wenn die englische Regierung glaubt, mit solchen Worten ein vernichtendes Urteil über Deutschland fällen zu können, und wenn sie glaubt, daß solche Deutschland und Unwahrheiten auch nur einen einzigen Deutschen berühren, so irrt sie. Deutschland hat für Urteile über Moral, Sitten und Recht aus englischen Munde nur ein Beispiel, zumal wenn es aus dem England der Varalong-Mörder, des King Stephen und der irischen Schlächterer kommt. Besonders eigenartig berührt aber solch englisches Urteil angesichts des in diesen Tagen bekannt gewordenen Falles des „Heldenmährens von Loos“, das für feigen und hinterlistigen Mord von fünf deutschen Soldaten einen englischen Orden erhalten hat.

Neue irische Kundgebungen.

London, 1. August. (W. Z. V.) Im Unterhaus sagte Esquith in der Debatte über Irland: In vielen Teilen des Landes habe eine beträchtliche Erneuerung der Sinn-Freibewegung in ihrer aggressivsten Form stattgefunden. In einigen Orten sei es zu bewaffneten öffentlichen Kundgebungen für Deutschland gekommen. Esquith fügte hinzu, daß die Militärmacht und die Polizeimacht ausreichend gewesen seien, um einen Neuen Aufbruch zu verhindern.

Pferde und Menschen.

In einem der größten Tagesblätter des englischen Imperialismus, in einer Rubrik, die seit dem Kriege eingeführt worden und den Titel „Wirkung zugunsten des Krieges“ führt, das heißt in einer Rubrik, die dazu bestimmt ist, menschliches Leben, Munition, Verpflegung, Anleihen und dergleichen mehr für den Krieg zu sammeln, und dazu bestimmt ist, zu beweisen, daß die Pflicht eines jeden Menschen liegt nur in der Vernichtung des „Feindes“ bestehen kann, finden wir einen Aufsatz zugunsten — unserer künftigen Freunde. Es handelt sich um ein „Planes Rege“, an dessen Spitze Angehörige der Aristokratie und des hohen Adels stehen: der Zweck der Vereinigung ist, die Pferde der kriegsführenden Länder zu schützen und zwar — wie ausdrücklich hervorgehoben wird — wird die Rationalität der betreffenden Pferde nicht berücksichtigt, alle ohne Ausnahme dürfen den Schuß beanspruchen.

Als Gegenstück zu dem oben erwähnten Artikel, das die humanitäre Seite des Pferdes — ohne Unterlass der „Rationalität“ — ganz besonders betont, sei eine Warnung hervorgehoben, die Ende Juni in der „Times“ veröffentlicht wurde. Ihr Inhalt lautet: Alle diejenigen, die da behaupten, die Arbeit in den Munitionsfabriken sei schädlich oder gar lebensgefährlich, werden zu sechs Monaten Kerker mit Zwangsarbeit und zu einer Strafe von hundert Schilling verurteilt. Solche Gerüchte — hieß es weiter in der Drohung der Regierung — können nur vom Feinde oder von vaterlandslosen Engländern verbreitet werden, haben doch die ärztlichen Fabriksinspektoren festgestellt, das Explosivmaterial könne nur die Haut ritzen, was jedoch keine Lebensgefahr darstelle und sobald vergehe, wie die Verhaftung in den Munitionsfabriken unterbrochen oder durch eine andere Arbeit ersetzt werde.

Die schweberechtigten — Pferde — bemerkt hierzu der Londoner Korrespondent des „Freder Volksrecht“ — haben tatsächlich keinen Grund, die Proletarier und Proletarierinnen des kulturellen, freien, demokratischen Englands zu beneiden oder etwa mit ihnen tauschen zu wollen. Sie dürften auch anderwärts, möchten wir hinzufügen, hierzu kaum Veranlassung haben.

Konferenz der australischen Gewerkschaften.

Am 10. Mai fand in Melbourne eine außerordentliche Konferenz der Delegierten der australischen Trade-Unions statt, um zu der Frage der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht Stellung zu nehmen. Auf der Konferenz waren vertreten 270 000 Mitglieder der Trade-Unions, ferner die Sozialisten und die Industrialisten.

Als erste wurde eine von Mac Neil im Namen der australischen Arbeiterorganisation eingebrachte Resolution zur Diskussion gestellt. In dieser Resolution heißt es, der Staat, der seinen Angehörigen nicht das Leben gebe, dürfe von ihnen auch nicht verlangen, daß sie es für die Interessen des Staates opfern. Wohl aber könne und müsse der Staat seine Hand auf den Kopf jener seiner Bürger legen, die sich am Kriege bereichern. Deshalb werde die Konferenz mit allen anerkannten Mitteln gegen die Wehrpflicht kämpfen. Gleich spreche die Konferenz den Zielen der Arbeiter ihre Sympathie aus und vertrete ferner die Anschauung, daß das System der freiwilligen Rekrutierung das zweckmäßigste sei, wenn es gefördert werde durch folgende Maßnahmen: 1. Erhöhung der Soldatenlöhne, 2. Erhöhung der Unterstellungen an die Frauen und Mütter der Soldaten, 3. Erhöhung der Invalidenrenten. Um die Mittel hierzu zu beschaffen, müßten bis zum Ende des Krieges bei allen nicht im Heere dienenden alle Einkünfte konfisziert werden, die die Löhne der Soldaten übersteigen. — Sämtliche Redner zu dieser Resolution sprachen sich in dem Sinne der Belämpfung der Wehrpflicht aus und akzeptierten sie nur unter der Bedingung, daß vorher die „Aushebung des Besitzes“ durchgeführt werde. Nach einer lebhaften Diskussion wurde die Resolution mit 258 018 gegen 738 Stimmen angenommen.

Als zweite wurde folgende Resolution von Mac Neil erörtert: „Der Kongreß ist der festen Ueberzeugung, daß das System der freiwilligen Werbung durchaus zweckmäßig war und daß es, unterstützt von den finanziellen Mitteln der Nation, am produktivsten sein und keinen Mechanismus zurückschaffen werde, der nach dem Kriege in der Lage wäre, die Bestrebungen der Arbeiter zu unterdrücken, was eintritt würde, wenn die Wehrpflicht zur Annahme gelangte.“ Die Diskussionsredner zu dieser Resolution teilten sich in zwei Gruppen, die sich scharf gegenüberstanden: die einen akzeptierten unter gewissen Umständen den Krieg, während die anderen ihn unter allen Umständen verwarfen. Schließlich wurde die Resolution Mac Neil mit 199 884 gegen 40 737 Stimmen angenommen.

Danach gelangte folgende Resolution der O'Brienner einstimmig zur Annahme: „Da die Kriegspolitik der kapitalistischen Klasse in der Ausbeutung von Menschenleben und in der unbeschränkten Ausbeutung der Bürger, statt in ihrem Schutze, besteht, ist der Kongreß der Ansicht, daß die Arbeiterpartei die Pflicht habe, die kapitalistische Kriegspolitik zu ändern und die Ausbeutung des Proletariats zu beenden.“

Zum Schluß brachte Russell im Namen des Bureau-angehörigenverbandes folgenden Antrag ein: „Wenn das Bundesparlament den Versuch machen sollte, durch irgend einen Parlamentsakt oder eine einfache militärische Verfügung die Aushebung des Lebens oder der Arbeit dem ganzen Volke oder einem Teil von ihm aufzuerlegen, so empfiehlt dieser Kongreß allen Gewerkschaften Australiens, den Generalstreik zu proklamieren, und fordert sie auf, dem Exekutivkomitee der Konferenz das Recht zu verleihen, den Beginn, die Dauer und die Methoden dieses Streiks zu bestimmen.“ Dieser Antrag rief die lebhaftesten Debatten hervor und wurde schließlich nur mit knapper Majorität (129 780 gegen 108 728 Stimmen) abgelehnt. An Stelle dieses Antrags wurde mit 220 220 gegen 1450 Stimmen der Beschluß angenommen, ein Referendum über die Generalkriegsfrage vorzunehmen.

Letzte Nachrichten.

Rumänisch-bulgarische Grenzwissenschaften.

Bukarest, 4. August. (W. Z. V.) In Grenzwissenschaften auf der Donau wird halbamtlich verlautbart, daß der rumänische Minister des Aeußenen die notwendigen Schritte unternahm, um die Aufmerksamkeit der bulgarischen Regierung darauf zu lenken, daß sich die Zwischenfälle zu oft wiederholen und daß sie den guten Beziehungen der beiden Länder nicht entsprechen.

Fünf Personen ertrunken.

Bahian, 4. August. (W. Z. V.) Gestern nachmittags kenterte auf der Ober bei Tschihersig, im sogenannten Obernie, ein mit 5 Personen besetztes Seegeboot. Sämtliche Insassen ertranken.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Militärbranche der Sattler nahm in einer Versammlung Stellung zu der willkürlichen Preisfestsetzung der Fabrikanten für neue Artikel. Hauptmann Wies als Referent darauf hin, daß in jeder Schlichtungskommissionssitzung, wenn es sich um die Regelung von Nachzahlung handelt, die betreffenden Unternehmer erklären: bei mir ist kein Vorbehalt angemeldet worden. Sie hätten demnach erst vom Tage der Entscheidung nachzuzahlen. Ausgesprochen müßte es aber werden, führte der Referent aus, daß manche Arbeiter bei der Preisfestsetzung wenig Rückgrat zeigen. Meist handelt es sich bei den Differenzen um alte, bekannte Betriebe. Eine bessere Verständigung unter den Arbeitern der Branche müßte geschaffen werden. Bei jeder neuen Preisfestsetzung sollten die Arbeiter des betreffenden Betriebes zuerst nach dem Bureau der Ortsverwaltung kommen und sich Rat holen. Die Fabrikanten sind der Meinung, daß der Vorbehalt immer angemeldet sein müsse. Im Reichotarif ist der Vorbehalt über den Vorbehalt folgendermaßen gefaßt: In dem Fall, wo zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Differenz eines zu zahlenden Lohnsatzes entsteht, muß die Arbeit beiderseits zu dem bisherigen oder angebotenen Lohnsatz unter Vorbehalt weitergeführt werden. Entscheidet die örtliche Schlichtungskommission sich für einen anderen Lohnsatz, so ist die Differenz mit rückwirkender Kraft bis zum Tage des Ausspruchs zu begleichen. Die Schlichtungskommission muß innerhalb fünf Tagen, vom Tage des Einspruchs an gerechnet, zusammentreten.

Die Schlichtungskommission steht dagegen auf dem Standpunkt: wo Preise festgelegt sind, braucht kein Vorbehalt angemeldet zu werden. Anders sei es aber bei neuen und abgeänderten Artikeln, da müßte der Vorbehalt sofort angemeldet werden, und zwar möglichst klar und unzweideutig, am besten schriftlich.

In der Diskussion wurden strengere Maßnahmen gegen jene Unternehmer verlangt, die sich tarifliche Verstöße zuschulden kommen ließen. Es genüge nicht, sie zur Nachzahlung zu veranlassen, vielmehr müßten sie durch Extrarajfen vor Tarifverstößen abgesehen werden.

Die Hauptmann weiterhin mittelste, hat man sich auch schon mit der Frage befaßt, ob Zwischenmeister, die fortwährend nicht die richtigen Löhne zahlen, noch Arbeit bekommen sollen. Eine Entscheidung darüber ist zwecks näherer Prüfung der Sachlage noch ausgesetzt worden.

Deutsches Reich.

Der Verband der Schiffszimmerer Deutschlands hielt am Sonntag, den 30. Juli, in Hamburg eine Konferenz seiner Bezirksleiter und Vorstandsvorsteher aus den Tariforten ab. Hauptächlich beschäftigte man sich mit der Stellungnahme zu den bestehenden Tarifverträgen und der Lehrlingsfrage des Berufes. Zur Tariffrage wurde der nachstehende Beschluß angenommen:

„Die lange Dauer des Krieges und die damit verbundene kolossale Steigerung der Preise für alle Bedarfsartikel hat eine Reduzierung in der Lebenshaltung der Arbeiterschaft herbeigeführt, die immer unerträglich wird, je länger der Krieg dauert. Die geringen Teuerungszulagen, welche zu den Tariflöhnen gezahlt werden, sind größtenteils unter dem Vorbehalt zeitweiligen Widerrufs gewährt. Die Konferenz der Bezirksleiter und Vorstandsvorsteher aus den Tariforten hält deshalb eine Erhöhung der bisherigen Lohnsätze, wie sie in unseren Tarifverträgen mit den Boot- und Flussschiffswerften vor dem Kriege festgesetzt sind, für einen Akt dringender Notwendigkeit. Sie hält deshalb die Kündigung aller bestehenden Verträge zum

nächsten Ablauftermin für geboten. Die Konferenz erwartet von der Verbandsleitung und den Zahlstellen, daß diese sich durch Anbahnung von Verhandlungen um die Erlangung höherer Löhne bemühen. Der Abschluß neuer oder die Verlängerung bestehender Verträge ist nur dann vorzunehmen, wenn zeitgemäße höhere Lohnfestsetzungen erfolgen.“

Bei Beratung der Lehrlingsfrage wurde betont, daß die Ausbildung der Lehrlinge viel zu wünschen übrig lasse. Die Organisation habe sich leider viel zu wenig um das Lehrlingswesen gekümmert. Es sei nötig, daß in der herrschenden Gleichgültigkeit zum Lehrlingswesen eine Aenderung eintrete. Es sei deshalb die Anregung dieser Frage auf der Konferenz zu begrüßen; die Aussprache werde befruchtend für die Zukunft wirken. Die Ansicht der Konferenz wird durch den nachstehenden Beschluß fundgegeben:

„Der Krieg hat die außerordentliche Wichtigkeit gründlicher Ausbildung der Facharbeiter im allgemeinen und derjenigen des Schiffbaues im besonderen aller Welt gezeigt. Die Konferenz der Bezirksleiter und Vorstandsvorsteher ist aber der Meinung, daß in der Lehrlingsausbildung unseres Berufes sehr vieles im argen liegt, und daß besonders die technische und theoretische Ausbildung der jungen Leute während der Lehrzeit große Mängel aufweist. Der Verbandsvorstand wird deshalb von der Konferenz beauftragt, durch statistische Erhebungen die Lehrlingsverhältnisse unseres Berufes genau zu erforschen und der nächsten Generalversammlung des Verbandes hierüber eingehend zu berichten. Die Zahlstellen werden aufgefordert, ihr Augenmerk mehr als bisher der Lehrlingsfrage zuzuwenden und praktische Vorschläge zur Abänderung bestehender Mängel in der Ausbildung der Lehrlinge in Erwägung zu ziehen und dem Verbandsvorstand hierüber zu berichten.“

Ausland.

Gewerkschaftszwang für Staatsbeamte.

Der australische Ministerpräsident hat an die Chefs sämtlicher Regierungsdepartements einen Erlaß gerichtet, wonach bei Anstellung im Staatsdienste nur solche Bewerber berücksichtigt werden sollen, die einem Gewerkschaftsverein angehören, vorausgesetzt, daß in dem betreffenden Erwerbszweig eine anerkannte Gewerkschaftsorganisation vorhanden ist.

Die österreichischen Gewerkschaften während des Krieges.

Wie nicht anders zu erwarten war, haben auch die österreichischen Gewerkschaften schwer unter den Kriegswirkungen gelitten. Immerhin kann aber konstatiert werden, daß sich die weitgehenden Verunsicherungen, die vielfach zu Beginn des Krieges begehrt wurden, als übertrieben erwiesen. Die Organisationen haben die schwere Belastungsprobe bestanden und sie können mit einer gewissen Ruhe den kommenden Ereignissen entgegensehen. Den schwersten Stoß erlitten die Gewerkschaften im Jahre 1914. Obwohl die Zahl der Einberufenen im Jahre 1915 kaum wesentlich geringer war als im ersten Kriegsjahr, blieb der Mitgliederverlust ganz bedeutend hinter dem des Jahres 1914 zurück. Dazu bewirkte die Hebung des Geschäftsganges, zumal in der Rüstungsindustrie, daß sich der Ansturm an die Massen der Gewerkschaften im zweiten Kriegsjahr bedeutend verminderte. Die österreichischen Gewerkschaften sind schon seit einer Reihe von Jahren aus der Beunruhigung nicht herausgekommen. Seit der Jahrhundertwende begann eine kräftige Entwidlung der Gewerkschaften. Von 119 050 Mitgliedern im Jahre 1901 wuchsen die Organisationen ständig bis 223 000 im Jahre 1905. Das folgende Jahr brachte eine Verdoppelung der Mitgliederzahl auf 448 270 und das Wachstum hielt auch im Jahre 1907 noch an, und brachte mit 501 094 Mitgliedern den bisherigen Höchststand der Bewegung. Das Jahr 1908 zeitigte mit dem Aufkommen der tschechischen Separatistenbewegung einen Rückgang, und im Jahre 1909 umfaßten nach der Abplitterung der Separatisten die der Reichsgewerkschaftskom-

mission angehörenden Gewerkschaften nur noch 415 256 Mitglieder. Der später wieder einsetzende Aufschwung ermöglichte es, das Jahr 1912 mit 428 983 Mitgliedern abzuwickeln. Die Balkankriegskrise, unter welcher die österreichische Industrie schwer zu leiden hatte, blieb nicht ohne Einfluß auf die Gewerkschaften. Deren Mitgliederzahlen gingen im Jahre 1913 auf 415 195 zurück. Dann kam der betäubende Schlag des Weltkrieges. Die Gewerkschaften verloren im Jahre 1914 174 514 Mitglieder, am Jahresabschluss waren nur noch 240 681 vorhanden. Der Rückgang hielt auch im Jahre 1915 an, aber die Mitgliederzahl verminderte sich nur um 63 568, so daß die Jahresrechnung mit 177 113 Mitgliedern abschließt. Insgesamt haben die österreichischen Gewerkschaften während des Krieges 238 082 Mitglieder oder 57,3 Proz. ihres früheren Bestandes verloren. Wenn man die Zahl der Eingezogenen in Betracht zieht, dann wird man allerdings zugeben müssen, daß sich die österreichischen Gewerkschaften im großen und ganzen gut gehalten haben.

Ein wunder Punkt ist die Organisationstreue der weiblichen Mitglieder. Obwohl auch in Oesterreich die Frauenarbeit während der Kriegsdauer eine gewaltige Steigerung erfahren hat, ist die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder ganz bedeutend zurückgegangen. Im Jahre 1913 zählten die Verbände 42 079, im Jahre 1915 nur noch 25 689 weibliche Mitglieder, also ein Rückgang um 40,2 Proz. Bei den männlichen Mitgliedern betrug der Rückgang von 372 216 im Jahre 1913 auf 151 424 im Jahre 1915: 220 792 oder 59,3 Proz. Im Jahre 1913 bildeten die weiblichen Mitglieder 10,4 Proz. des Gesamtbestandes, im Jahre 1915: 14,5 Proz.

Die Gesamteinnahmen der Gewerkschaften hatten im Jahre 1913 10 036 521 Kr. betragen; im Jahre 1914 gingen sie auf 8 274 012 Kr. zurück und im Jahre 1915 erlitten sie eine weitere Verminderung auf 4 979 907 Kr. In entsprechender Weise bewegten sich auch die Ausgaben, die von 10 058 207 Kr. im Jahre 1913 auf 9 922 801 Kr. im Jahre 1915 zurückgingen. Die im Jahre 1914 eingetretene Vermögensverminderung war am Schluß des Jahres 1915 nahezu ausgeglichen. Die Gewerkschaften verfügten Ende 1915 über einen Vermögensbestand von 14 357 000 Kronen. Dieses günstige finanzielle Ergebnis ist hauptsächlich durch die verminderte Anforderung an Arbeitslojenunterstützung erzielt. Diese hatte erfordert: 1912 gleich 1 403 067 Kr., 1913 = 2 204 801 Kr., 1914 = 3 023 780 Kr., im Jahre 1915 aber nur 504 617 Kr. Bei der Kassenbearbeitung der österreichischen Gewerkschaften ist zu beachten, daß diese aus Rücksicht auf die bestehenden Gesetze gezwungen sind, neben den Gewerkschaften in sogenannten „freien Organisationen“ Widerstandsfonds zur Führung ihrer Lohnkämpfe anzunehmen. In den Abrechnungen der Gewerkschaften treten somit die Einnahmen und Ausgaben der Widerstandsfonds nicht in Erscheinung.

Die Mitglieder der Gewerkschaften verteilen sich auf 52 Zentralverbände und 22 Landes- oder Lokalvereine mit zusammen 2065 Ortsgruppen. Im Jahre 1913 existierten 4189 Ortsgruppen. Die stärksten Verbände waren die Eisenbahner mit 88 013, die Metallarbeiter mit 28 608 und die Textilarbeiter mit 26 529 Mitgliedern. Sehr ungleich verteilten sich die Mitglieder auf die einzelnen Kronländer. Der Löwenanteil mit 67 462 oder 88,08 Proz. der Gesamtzahl entfällt auf Wien. Dann folgt Böhmen mit 40 432 oder 22,83 Proz. In weitem Abstand kommt Niederösterreich mit 16 798 oder 9,48 Proz., Steiermark mit 13 828 oder 7,52 Proz., Mähren mit 11 913 oder 6,74 Proz., Schlessien mit 8520 oder 4,81 Proz., Oberösterreich mit 6344 oder 3,59 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder. Auf die anderen Kronländer entfällt je weniger als 2 Proz. Diese Zahlen geben einen ungefähren Anhalt für die Verteilung der Gewerkschaften in Oesterreich. Außerhalb Wiens hat die gewerkschaftliche Agitation mit sehr großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Trotz der durch den Krieg bewirkten Mitgliederverluste gewährt der Stand der Gewerkschaften Oesterreichs am Schluß des Jahres 1915 ein befriedigendes Bild; es rechtfertigt die Erwartung, daß nach der Wiederkehr des Friedens auch die gewerkschaftlichen Organisationen in Oesterreich einen kräftigen Aufschwung nehmen werden.



NEUE Manoli PREISE EINSCHLIESSLICH KRIEGSZUSCHLAG

	Früher	Jetzt		Früher	Jetzt
Dalli	3 ₰	3 ½ ₰	Gudrun	6 ₰	7 ½ ₰
Meine Kleine	3 ½ ₰	4 ₰	Dolman	6 ₰	7 ½ ₰
Rapier	4 ₰	5 ₰	Diva	7 ₰	8 ₰
Montebello	5 ₰	6 ₰	Kaiser I	7 ₰	8 ₰
Rumpler-Taube	5 ₰	6 ₰	Heliotrop	8 ₰	10 ₰
Wimpel	5 ₰	6 ₰	Herrenhaus	8 ₰	10 ₰
Argument	6 ₰	7 ½ ₰	Klasse	10 ₰	12 ₰
			Optima	10 ₰	12 ₰

HERGESTELLT AUS REIN MACEDONISCHEN EDELTABAKEN
IN UNVERÄNDERTER GÜTE

Chronik des Weltkrieges.

5. August 1914.

Amlich wird gemeldet, daß bei Soldau Kämpfe mit einer russischen Kavalleriebrigade stattfanden. Deutsche Kavallerie griff russische Kavallerie bei dem russischen Grenzort Albeck an. Ferner besetzte deutsche Kavallerie Wilna südlich von Kallisch.

Nach einer Petersburger Meldung wurde ein deutsches Geschwader in der Richtung Memel-Udau gestrichelt.

Deutsche Schiffe zerstörten an der Küste von Algier besetzte Plätze, die als Einschiffungsorte für französische Truppentransporte in Betracht kamen.

Bei Belgrad Artilleriebeschuss zwischen serbischen und österreichischen Batterien.

Ein deutscher amlicher Erlaß mahnt die Bevölkerung zur Verteilung feindlicher Spionagetätigkeit, zugleich aber vor vorzeitiger Täuschlichkeit, da mehrfach Offiziere der eigenen Armee als russische Spione angesehen und in der Ausführung ihrer Tätigkeit behindert wurden.

Der französische Generalissime Joffre verläßt Paris, um sich zur Front zu begeben.

Die Wiener „Reichspost“ bringt Sensationsmeldungen über Insurrektion in Rußisch-Polen.

Die Türkei sperrt die Dardanellen und den Bosphorus für fremde Schiffe.

5. August 1915.

Das Große Hauptquartier meldet Kämpfe in den Vogesen.

An der russischen Front weiteres erfolgreiches Vordringen. In Kurland wurden 2225 Gefangene gemacht. An der Straße Coma-Dstrom-Wjsslow 4863 Gefangene. Die Armee des Prinzen Leopold von Bayern besetzt Warschau. Zwischen oberer Weichsel und Bug wird die Verfolgung fortgesetzt.

In der „Deutschen Tageszeitung“ wendet sich der Abg. Vertel gegen die „Neuorientierung“.

Eine Konferenz der sozialistischen Neutralen.

Haag, 31. Juli. (Eigener Bericht.)

Es ist eine gar kleine Versammlung, die sich heute zusammengefunden hat, um der Sache des Friedens und des Sozialismus mit Maharat und Rat an die im Weltkrieg kämpfenden Brüder zu dienen, und nicht ohne Behmutz möchte man an die glänzenden Zusammenkünfte der sozialistischen Internationale in den Jahren vor dem Krieg denken. Aber der alte Glaube — das fühlte man schon heute — an die geschichtliche Idee und den Weltberuf des Proletariats lebt in seiner ganzen Kraft weiter, und die Zuversicht, daß auch die heute einander heftig bekämpfenden Parteien sich wieder im alten Verband vereinigen werden, fandte heute Freundesgedanken nach allen Ländern, wo das Schicksal sozialistische Arbeiter gezwungen hat, einander zu bekämpfen. Die Internationale hat eine schwere Wunde empfangen. Gewiß, aber der Geist, der die Sitzung von heute beherrschte, war nicht der eines müden Jubilanten, sondern das sichere Lebensgefühl eines, dem die Genesung naht.

Die Delegierten sind noch weniger zahlreich, als man erwartet hatte. Die rumänische Partei mußte infolge der Kriegesgefahr auf die Beschickung der Konferenz verzichten, Grimm (Schweiz) und die angesehene norwegische Bidnes, Traumall und Ole Lian konnten infolge von Passschwierigkeiten nicht kommen. Der spanische Delegierte Vesteiro wird erwartet, aber hat der Eröffnungssitzung noch nicht beigewohnt.

Anwesend sind die holländischen Delegierten im J. S. A. Troelstra, Van Kol, Albarde, als Erfahrmänner Wibaut und Vliegen, als Vertreter der holländischen Gewerkschaftszentrale Jimmen, Bruens und Van Zutphen. Dänemark ist durch Stauning, Schweden durch Branting, Argentinien durch Dr. Repetto vertreten, die Vereinigten Staaten durch Algernon Lee an Stelle Gillquits, der verhindert war.

Genosse Duymans wohnt der Konferenz, die als autonome Versammlung der neutralen Parteien von den holländischen Delegierten einberufen ist, nicht in seiner Eigenschaft als internationaler Sekretär, sondern mit privatem Charakter bei, hat aber bei den vorbereitenden Arbeiten tätige Hilfe geleistet und wirkt auch auf der Konferenz als Übersetzer mit.

Die Eröffnungssitzung hält Genosse Troelstra in der deutschen Sprache, da diese von allen Delegierten verstanden wird. In derselben Sprache werden auch in der Folge die meisten Mitteilungen gemacht, doch werden die wichtigsten für die Presse ins Französische übersetzt.

Nach Troelstras Rede folgte eine Reihe von Mitteilungen, als erste die eines Briefes von Vanderbeide.

Weiter folgt vor ein Begrüßungsstelegramm des deutschen Parteivorstandes, der Sozialisten aus Rußisch-Polen und Galizien, der Südslawen, des russischen Auslandskomitees (für die Zimmerwälder Politik), des jüdischen sozialistischen Arbeiterverbandes Poale Zion (für den Dr. Kaplensky als Gast der Konferenz beizuwohnen), ein Protest des lettischen Komitees in der Schweiz gegen die Stockholmer Lettenklärung (das Schweizer Komitee fordert Autonomie im Rahmen eines demokratisierten russischen Staates), ein Protest der russischen Emigranten in Kristiania gegen die von der englischen Regierung gegen Angehörige der befreundeten Nationen getroffenen Maßregeln, ein Brief des Verbandes der sozialistischen Frauen Großbritanniens, der hervorhebt, daß die internationale Verbindung der Frauen aufrechterhalten geblieben ist, u. a.

Ein eigenes Kapitel bilden hier die verschiedenen Briefe und Telegramme, die unbestellt geblieben sind. So hat Luxemburg die Delegation unterlassen, weil es seinerzeit die Einladung nicht erhalten hat. Auf eine diesbezügliche Anfrage antwortete das J. S. A. mit einem Telegramm, das vorsichtshalber an Genossen Dr. Walter, den gegenwärtigen Ministerpräsidenten adressiert war. Auch dieses Telegramm ist nicht angekommen. ... Auf der anderen Seite hat sich ein von der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei zugesagtes Memorandum verloren, wie andere Briefe und Sendungen dieser Partei, bemerkt Genosse Duymans.

Die verschiedenen Eingaben werden, je nach dem Inhalt, der politischen und der ökonomischen Kommission zugewiesen.

In die politische Kommission werden gewählt: Troelstra, Branting, Stauning, Vesteiro, Lee, Van Kol, Vliegen, Van Zutphen.

In die ökonomische: Wibaut, Repetto, Albarde, Jimmen, Bruens. (2)

Troelstra zur Eröffnung der neutralen Sozialistenkonferenz.

Aus dem Haag wird uns berichtet:

Genosse Troelstra begrüßt die Delegierten. Nach einer Schilderung der Wirkungen des Krieges führt er aus, daß die Sozialdemokratie in die Notlage mit hineingerissen worden sei, die den Bürgerfrieden schuf. Zwar mahnt sie überall zur Wahrung und fordert Bereitwilligkeit zu einem dauernden Frieden, aber einen geschlossenen Kampf führt sie nicht. Die erste Vorbedingung dazu, die internationale Verständigung, war bis heute nicht zu erreichen. In den kriegführenden Ländern hat sich eine Kriegsideologie gebildet, deren Einfluß sogar gewisse sozialistische Kreise sich nicht ganz entziehen konnten. Es scheint, daß mancher Sozialdemokrat durch den herrschenden Bürgerfrieden die Kraft und Bedeutung der Arbeiterklasse als eines politischen Faktors ersten Ranges aus den Augen verloren hat.

Schon von Anfang des Krieges an hat das Exekutiv-Komitee versucht, als Friedensvermittler zwischen den Parteien der Internationale tätig zu sein. Die nationalen Antagonismen (Gegensätze) waren aber bis heute noch zu stark. Es erwies sich sogar unmöglich alle Parteien der kriegführenden Ländern zu Privatkonferenzen mit dem Exekutiv-Komitee zu bewegen. Es war namentlich die französische Partei, die, solange französischer Boden von den Deutschen besetzt sei, jede auch indirekte Unterhaltung mit der deutschen Partei ablehnte und sich von diesem Standpunkt nicht abbringen ließ. Der inzwischen von mehreren angeschlossenen Parteien gestellten Forderung, eine vollständige Bureauführung einüberufen, hat das Exekutiv-Komitee nicht nachgegeben, in der Erwägung, daß ein militärischer Versuch nur vom Uebel sein könnte. Wir hoffen aber, daß es dieser Konferenz gelingen werde, die Wesenheit gegen eine sofortige brüderliche Aussprache zwischen den Vertretern der durch die Politik ihrer bürgerlichen Regierungen geschiedenen Bruderparteien zu beseitigen. Aus dieser dauerlichen Sachlage hat man von verschiedenen Seiten, besonders bei den vom Nationalismus berührten rechtsstehenden Genossen gefordert, die Internationale sei tot. Auch auf gewerkschaftlichem Gebiet äußert sich dieses Bestreben, u. a. auf der Konferenz in Leeds, die einen Antrag auf Errichtung einer internationalen Gewerkschaftsunion in der Schweiz angenommen hat. Der Zweck scheint zu sein, die bestehende, alle Länder umfassende Gewerkschaftsinternationale durch eine Teilunion zu ersetzen, deren Internationalität darin bestünde, daß sie nicht mehr international wäre. Der „Tod“ der Internationale, den man in diesen Kreisen predigt, bedeutet nur, daß der internationale Gedanke bei ihnen selbst den Todeschlaf schläft. Die andere Todeserklärung der Internationale kommt von der linken Seite der Partei, wo man an die Notwendigkeit glaubt, die Taktik gegenüber der Nationalverteidigung und dem Militarismus in revolutionärem Sinn zu ändern.

Zweifellos wird der Krieg eine gründliche Diskussion dieser Fragen zur Folge haben. Aber ich glaube, daß sie nicht auf Sonderkonferenzen einiger Gruppen und Parteien zu lösen sind und eine Stellungnahme noch zu verfrüht ist. Wenn die Zeit dazu gekommen sein wird, wird die Internationale die Unzerstörbarkeit ihres Wesens eben dadurch zeigen, daß sie ihre Tätigkeit den neuen Verhältnissen anpassen und auch dort, wo die Meinungen auseinandergehen, die Einheit wahren wird. Als Kundgebung des Friedenswillens und als Aufruf zur sozialistischen Selbstbestimmung habe ich die Konferenz von Zimmerwald begrüßt. Ich meine aber, die sozialistischen Arbeiter warnen zu müssen gegen den Gebrauch, den gewisse intransigente Kreise davon machen, um das Vertrauen des Proletariats zu seinen Parteien und Organisationen zu untergraben und die Spaltung in die Parteien, in die Internationale hineinzufragen. Wenn das, was wir in jahrzehntelangen Kämpfen an sittlicher und intellektueller Erhebung, proletarischer Machtbildung, politischer Einsicht und Tatkraft in den arbeitenden Massen errungen haben, in den Stürmen des Weltkrieges nicht zugrunde gehen soll, ist es unbedingt notwendig, die Einheit und das gegenseitige Vertrauen in den führenden Kreisen so gut wie nur möglich zu wahren.

Wohl ist der Höhepunkt der Kriegesfolge der Zentralen vielleicht überschritten, aber wie lange muß der Krieg noch dauern, damit die Ententemächte Deutschland gegenüber jene Position einnehmen, die dieses jetzt ihnen gegenüber hat? Es steht wohl fest, daß je länger dieser Krieg dauert, desto mehr die Bedeutung der russischen Heere und damit des Jazismus für die Ententemächte zunimmt. Sind dies angenehme Perspektiven für uns Sozialisten? Und wird nicht eine so lange Fortdauer des Krieges, als zu einer gründlichen Veränderung der Kriegskarte notwendig ist, soviel neue Opfer an Blut und Geld fordern, daß es ein Verbrechen würde, für jenen zweifelhaften Erfolg Europa zum Ruin zu führen?

Wir verstehen die Chauvinisten und auch die Schwäche der Regierungen und der gemäßigten bürgerlichen Parteien ihnen gegenüber. Aber die Sozialdemokratie darf den herrschenden Klassen nicht blindlings auf den Weg zum Verderben folgen, sondern muß in jeder Phase des Krieges die Frage seiner Fortsetzung mit Hinblick auf seine Aussichten und auf die wirklichen Volksinteressen prüfen und wir sind der festen Überzeugung, daß eine derartige Prüfung im jetzigen Augenblick dazu führen muß, daß die sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder ihre Freiheit gegenüber den eigenen Regierungen und bürgerlichen Parteien zurückerlangen und sich miteinander über die Herbeiführung eines dauernden, d. h. auf den Hauptforderungen des internationalen sozialistischen Friedensprogramms aufgebauten Friedens verständigen.

Dieses Programm, beruhend auf der Resolution des Internationalen Sozialistischen Kongresses von Kopenhagen (1910) ist während des Krieges von den französisch-englisch-belgischen Parteien in London, von den österreichisch-deutschen Parteien in Wien, und von den skandinavisch-holländischen Parteien in Kopenhagen bestätigt worden. Dieses Programm von 1910 verpflichtet die parlamentarischen Vertretungen der sozialistischen Parteien zu wirken für:

„Obligatorische Schlichtung aller Konflikte zwischen den Staaten durch internationale Schiedsgerichtshöfe; fortwährende Arbeit in der Richtung der allgemeinen Abrüstung und vor allem für den Abschluß von Übereinkommen zur Beschränkung der Rüstungen zur See und zur Abschaffung des Privatrechts; Abschaffung der Geheimdiplomatie; Autonomie aller Völker und ihre Verteidigung gegen jede Vergewaltigung und Unterdrückung.“

Dieses Friedensprogramm kann schwerlich seine Durchsetzung von der Kriegsgewalt einer der kämpfenden Parteien erwarten, sondern nur von der Erkenntnis, daß der Krieg selbst sich überlebt hat, dank der Vervollkommnung der Technik und infolge der Staatsengruppierungen, die keinen Sieg ohne den eigenen Ruin zulassen. Kein dauernder Frieden also auf der Basis der „Kriegskarte“ oder der Vernichtung des deutschen Militarismus“. Der Militarismus aller Staaten soll vernichtet werden. In allen Ländern fordert man Garantien und einen Frieden, der das vergossene Blut wert sei. Welcher Friede aber könnte bessere Garantien geben und das vergossene Blut besser vergelten, als einer, der den Krieg endgültig befristet?

Wir heute haben wohl die Rehrheiten der sozialistischen Parteien in Deutschland und Frankreich den Bürgerfrieden ernster genommen als dies von Seiten der großkapitalistischen und reaktionären Parteien geschah. Freilich kann es Situationen geben, wo eben zur Bekämpfung der imperialistischen Treiberkreise die Sozialdemokratie die Regierung unterstützen muß, die jenen widersteht. Dies kann aber auf die Dauer nur

gelingen, wenn man der Regierung zutrauen kann, daß sie im entscheidenden Augenblick bereit sein wird, die wesentlichen Forderungen des sozialistischen Friedensprogramms durchzuführen und nicht selbst auf eine Lage hinsteuert, die den Keim neuer Konflikte enthält. Wer aber wagt es, diese Genesung bei der Regierung seines Landes zu verbürgen? Die große Gefahr ist, daß ein Frieden unter den Einfluß der imperialistischen Elemente des Finanz- und Kolonialkapitals und der Kartellindustrie gemacht wird, deren Einfluß in den bürgerlichen Parteien bis heute so stark ist, daß ohne eine energische antimilitaristische Aktion der sozialistischen Arbeiterklasse ein Frieden in unserem Sinn nicht denkbar ist.

Alle Regierungen haben in dieser Kriegszeit die Notwendigkeit kennen gelernt, von der sozialistischen Arbeiterbewegung unterstützt zu werden. So soll u. a. die Sozialdemokratie zur aktiven direkten Teilnahme an der Feststellung der Friedensbedingungen herangezogen werden. In den Ländern, wo sie einen Teil der Regierung ausmacht, kann dies der Fall sein, namentlich wenn sich die Vertreter der Partei in der Regierung nicht dazu hergeben, die Regierung mit ihrer Verantwortlichkeit zu beden, wenn diese sich in einer dem sozialistischen Willen entgegengegesetzten Richtung bewegt, aber auch die aktive Mitarbeit der Parlamentarier und aller darin vertretenen Parteien ist unbedingt zu fordern und die Delegationen der Regierungen zum Friedenskongreß in Ländern mit großen sozialistischen Parteien sollten auch sozialistische Vertreter enthalten.

Auch die Aussichten der inneren Politik fordern die baldige Selbstbestimmung der Sozialdemokratie und ihre Müdigkeit zum Kampf für ihre eigenen Ideale und gegen die Klassen und Parteien, die den Bürgerfrieden permanent machen wollen als das beste Mittel, die sozialistische Arbeiterbewegung zu lähmen. Die erste Aufgabe der Partei wird wohl sein, die vom Krieg geschaffenen neuen Möglichkeiten zur Entwicklung der Gesellschaft in sozialistischer Richtung voll auszunutzen, damit sie nicht zur Verstärkung des absolutistischen oder bürokratischen Staats und der Abhängigkeit der Arbeiterklasse gebraucht werden. Ich denke hier besonders an Deutschland, das eine ausgebreitete soziale Fürsorge hat, wo aber die Arbeiterklasse keinen ernsthaften Kampf zur Einführung des parlamentarischen Regimes geführt hat. Die völlige Verwirklichung der bürgerlichen Demokratie und des liberalen Staatsrechts wird in der kommenden Periode der Ausbreitung der Staatsmacht mehr als je notwendig sein, daneben eine gewisse Dezentralisation, Ausdehnung der Gemeindeautonomie und Heranziehung der sozialen Organismen der Arbeiterklasse wie Gewerkschaften und Genossenschaften zu den neuen Staatsfunktionen.

Ich weise ferner auf die dringenden aktuellen Fragen der geplanten handelspolitischen Bündnisse, der Steuerpolitik, der Kolonialpolitik, auf die Frauenfrage u. a. hin, die die Notwendigkeit der baldigen Wiederaufnahme der gemeinsamen Beratung der sozialistischen Parteien zeigen.

Ich zweifle nicht daran, daß die Parteien auf einer sozialistischen Friedenskonferenz auch zu einem Einvernehmen über die noch strittigen Punkte kommen werden. Die sozialistischen Parteien aller Länder haben von Anfang an jede Annexionspolitik abgewiesen. Die französische Partei hat sich auch gegen jenen Beschluß der Pariser Wirtschaftskonferenz ausgesprochen, der die Fortsetzung des Wirtschaftskrieges gegen die Zentralmächte im Frieden bezweckt. Von den Verhandlungen der Vertreter der österreichischen und deutschen Sozialdemokraten habe ich den Eindruck empfangen, daß sie ein Bündnis nicht zur wirtschaftlichen Bekämpfung der Ententeländer, sondern zur Erleichterung des Verkehrs zwischen beiden Staaten anstreben; ich gehe indes zu, daß hier eine Gefahr besteht und begrüße die Gelegenheit, die uns diese Konferenz bietet, uns über diese Pläne und über die Handelspolitik, die sich aus dem Friedensprogramm der Internationale ergibt, auszusprechen.

Parteilosen! Als Sozialisten der neutralen Länder haben wir nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Pflicht, ohne Leidenschaft und Haß gegen irgend eine Partei der Internationale die Notwendigkeit der Aktion für den Frieden zu besprechen. Sicherlich haben wir alle unsere Sympathien und Antipathien, aber in unseren Herzen lebt die Idee der Internationale gebietend fort und darum haben wir auch das Recht darauf, von den streitenden Parteien gehört zu werden. So habe ich diese Konferenz aus der rasenden See der nationalen Leidenschaften als ein Umland, wo noch die Internationale wohnt! Dann wird von ihr ein harter Drang ausgehen nach dem Frieden zwischen den Sozialisten, der ersten Vorbedingung des Friedens zwischen den Staaten. (2)

Die Beschlüsse der neutralen Sozialistenkonferenz im Haag.

Aus dem Haag wird uns vom 2. August gemeldet:

Der letzte Konferenztag brachte die einstimmige Annahme ökonomischer und politischer Resolutionen. Die ökonomische lehnt den Wirtschaftskrieg ab und fordert vollen Freihandel. Die politische fordert erhöhten Kampf für politische Macht und Volkssouveränität. Sie erklärt die gänzliche Niederwerfung einer Kriegsguppe für zweifelhaft und unwünschbar. Sie fordert die Parteien zur Verständigung auf Grund des sozialistischen Friedensprogramms auf und erwartet die Bereitschaft der deutschen Partei, mit der französischen zu verhandeln. Die Partei soll überall direkte Teilnahme am Friedensschluß erringen. Die Konferenz verwirft Spaltungstendenzen, sie billigt, daß die Exekutive die Vollstufung ablehnt, solange ein Teil sich an der Beschickung weigerte. Sie erklärt sich für Einberufung einer Vollstufung. (2)

Politische Uebersicht.

Neue Kriegszieldruckungen.

Das Verlangen nach einer Eingliederung Belgiens in das deutsche Machtgebiet wird immer lebhafter und rücksichtsloser propagiert. In der „Post“ deutet Octavio Freiherr v. Bedlich und Neukirch die „negative“ Formulierung des Kriegsziels in der Berliner Rede des Professors Darnod vom 1. August ohne langes Besinnen in seinem Sinne zurecht:

„Soll Belgien keine britische Satrapie werden, so muß es der britischen Macht- und Einflußsphäre entzogen werden. Das kann wirksam sicher nicht anders geschehen, als daß Belgien, soweit dies zu diesem Zwecke erforderlich ist, der deutschen Macht und dem deutschen Einfluß unterworfen wird. Darüber, wie weit die deutsche Macht über Belgien auszudehnen sein wird, kann man verschiedener Meinung sein. ... Daß es sich dabei nicht um rein vertragliche Sicherungen handeln kann, hat der Reichslanzler selbst auf das bindigste erklärt, indem er das Wort von den „realen Garantien für unsere Sicherheit“ prägte.“

Wir verzichten darauf, in eine Diskussion dieser Ausführungen einzugehen. Ihnen steht zur Seite, so übertrifft sie an Bedeutung eine Kundgebung des Großadmirals von Tirpitz, die von der „Kreuzzeitung“ der breitesten Öffentlichkeit unterbreitet wird. Es handelt sich um die Verantwortung eines poetischen Grufes, der dem

ehemaligen Leiter des Reichsmarineamtes zugegangen war. Der Inhalt dieser Antwort lautet:

„Rüde das Verständnis in unserem Vaterlande zuzunehmen, daß das Deutschtum sich nur erhalten und durchsetzen kann, wenn wir aus diesem Kriege mit einer Stellung dem Anglo-Amerikanerium gegenüber hervorgehen. Wir erlangen diese Stellung, wenn nicht England, sondern wir die Vormacht von Fländern werden.“

Angehts einer derartigen unverhüllten Propaganda für bestimmte Kriegsziele wird es höchste Zeit, daß endlich auch denen, die mit ihren Anschauungen den hier geäußerten diametral entgegenstehen, das Recht gegeben wird, ihre Gegenstände uneingeschränkt zu entwickeln und ihre Forderungen zu vertreten. Es muß Unheil anrichten, wenn die Vertreter weitgehender Annexionswünsche den Eindruck zu erweiden vermögen, daß breite Kreise des Volkes hinter ihnen stehen. Es muß die Möglichkeit geschaffen werden darzutun, daß die Massen mit ihren Forderungen nichts zu tun haben wollen.

Nachklänge zum 1. August.

Die „Deutsche Tageszeitung“ und ihr nahestehende Organe kommen noch immer wieder auf die Kundgebungen des Nationalausschusses zurück, um darzutun, daß sie ein völliger Mißerfolg gewesen wären. Tatsächlich wird man diese Kundgebung auch kaum anders nennen können. Das Blatt des Herrn v. Reventlow schreibt über die geringe Beteiligung an den Versammlungen:

„In Kiel mußte die Versammlung überhaupt fallen gelassen werden, weil der Kartenverkauf zu dürftig war; die „rein lokalen“ und „technischen“ Gründe, die noch an anderen Orten zu einer Abgabe der Versammlung führten, dürften auch wohl verwandter Natur gewesen sein. Ganz auffällig schlecht war der Besuch der Versammlungen beispielsweise in Chemnitz, Darmstadt, Saarbrücken und verschiedenen anderen Städten im Westen. Redner wie die Herren Dr. Pieper in Essen und auch Dr. Pfeiffer, die sonst volle Häuser gewohnt sind, fanden diesmal nur recht mäßigen Zulauf, und Herr Stegerwald mußte in Elberfeld, nachdem man für den ursprünglichen in Aussicht genommenen großen Saal der Stadthalle schon den kleineren Kaiseraal gewählt hatte, vor ganzen 150 Personen sprechen.“

Natürlich verabsäumt das Blatt nicht, im Anschluß daran auch noch wieder ausdrücklich hervorzuheben, daß an verschiedenen Orten, das erkrankene Publikum mehr auf Seite der „Innentwegen“ als auf Seite des Nationalausschusses gestanden haben dürfte. Es liegt aber natürlich auf der Hand, daß dies für die Stimmung im Volke gar nicht besagen will. Die Massen haben ja an den Kundgebungen des Nationalausschusses überhaupt nicht teilgenommen.

Nicht ohne Bedeutung ist, daß in Bonn neben der Verammlung des Nationalausschusses am 1. August auch noch eine andere stattfand, für die der liberale Bürgerverein die Genehmigung erhalten hatte. Hier sprach der Direktor der Universität, Geheimrat Landsberg.

Laut dem Bericht der „Kölnischen Zeitung“ führte Landsberg u. a. aus:

„Glaubt man durch Herabsetzung fremder Gebiete oder Ausdehnung unseres Gebietes ins Ungemessene hinein den Frieden auch nur für lange Zeit zu sichern und die Feinde von neuen Kriegsgreueln abzuhalten? Der Gegner muß selbstverständlich möglichst ungünstig gestellt werden, dafür müssen die Friedensbedingungen die nötige Gewähr bieten, dafür dürfen wir auf unsere Waffen und auf unsere leitenden Männer rechnen. Weg aber mit dem Schlagwort, daß wir die Waffe erst aus der Hand legen dürfen, wenn wir den Feind geschmettert haben. Weg auch mit dem Schlagwort, den Gegner weitgehender Eroberungspolitik schwach zu stellen. Geht Vernunft Schwäche, ist Vorsticht Schwäche? ... Aber wir teilen auch mit dem Kaiser unerschütterlich die Überzeugung, daß Deutschland trotz der Ueberzahl der Gegner unüberwindlich ist. Unüberwindlich gerade deshalb, weil wir mit unseren noch so berechtigten Ansprüchen Maß zu halten wissen werden. Dem nicht durch die Herrschaft über fremde Völker und Länder, nicht durch Unterjochung fremder Nationen und Vernichtung fremder Eigenart, sondern durch Behauptung und Pflege unserer vaterländischen Art wollen auch wir im Bürgerkrieg erreichen, daß Deutschland erhaben über allen Völkern bestehe.“

Die „Kölnische Zeitung“ bezeichnet die Rede als „sehr ernste Mahnworte“.

„Der schlimmste Feind“.

Unter dieser Stichmarke faßt die „Berliner Volkszeitung“ erneut die Gründe zusammen, weshalb die rechtstehenden Gruppen mit der Politik des Kanzlers unzufrieden sind. Erstens wünscht man keine innere Neuorientierung. Zweitens ist man unzufrieden, daß der Kanzler „um Amerikas willen den Unterseebootkrieg nicht mehr mit derselben Wucht führen läßt“. Drittens hält man England für den schlimmsten Feind Deutschlands und betrachtet den Kampf gegen ihn als die wichtigste Aufgabe des Krieges.

„Es ist eine böllige Verschiebung“ — bemerkt hierzu die „V. V.“ — „wenn man jetzt England statt Rußland zu unserem Hauptfeind macht. Sowohl Lloyd George wie Churchill haben erklärt, bis zum Krieg war das Verhältnis zwischen England und Deutschland in den letzten Jahren recht gut gewesen. England fürchtete nur, wir würden seine Bundesgenossen mit Reichweite niederwerfen und dann in Europa die Hegemonie erlangen.“

Diese Ausführungen des liberalen Blattes haben natürlich sofort die „Kreuzzeitung“ auf den Plan gerufen. Nach dem ziemlich durchsichtigen Hintertisch darauf, daß die „Berliner Volkszeitung“ zurzeit im Straßenverkauf usw. (!) an die Stelle des „Berliner Tagesblattes“ getreten“ sei, schreibt das konservative Blatt:

„Auch dieser Artikel ist wieder ein Beweis dafür, daß es ja auch in den Versammlungen des „National-Ausschusses“ geschehen ist, die Polemik, von der diese Blätter stets betonen, wie schädlich sie sei, doch gerade immer von dieser Seite wieder aufgenommen werde.“

Auf die Frage der „Neuorientierung“ übergehend, bemerkt das konservative Blatt lakonisch:

„Wir brauchen darauf nicht obermal näher eingehen, nachdem wir erst gestern an dieser Stelle betont haben, daß die Neuorientierung eine Angelegenheit sei, die nach dem Kriege ihre Erledigung zu finden habe.“

Wir haben bereits gestern die diesbezüglichen Neuierungen der „Kreuzzeitung“ wiedergegeben, deren ungewöhnlicher Charakter durch die obenstehende scharfe Abgabe noch besonders unterstrichen wird. Ausführlicher wendet sich das konservative Blatt dann gegen die Vorwürfe der „V. V.“ in der Frage des Unterseebootkrieges, ohne freilich der bekannten Argumentation der Befürworter des rücksichtslosen Torpedierens etwas Neues hinzuzufügen. Ueber die dritte Frage endlich, der Frage des „Hauptfeindes“, schreibt die „Kreuzzeitung“ sich diesmal aus. Allein auch ohne dem dienen ihre Ausführungen, natürlich gegen ihren Willen, der weiteren Klärung der Frage, wer der „schlimmste Feind“ des deutschen Volkes ist.

Die Wirtschaftsverbände und der Nationalausschuß.

Der Berichterstatter der „Ljhd“ in Köln schreibt (laut „Rhein-Westf. Ztg.“) seinem Blatte:

„Wie man weiß, hatten die sechs wirtschaftlichen Verbände in Deutschland ein Kriegsziel aufgestellt, das durch die Annexion von erobertem Gebiet, Ausbreitung der deutschen wirtschaftlichen Macht und Vergütung für die Kriegsverluste viel weiter ging, als das seitens des Reichskanzlers in allgemeinen Zügen dargelegte. Wir

wird jetzt „aus bester Quelle“ mitgeteilt, daß diese Verbände ihre Forderungen einer Revision unterworfen haben. Sie verlangen jetzt nur noch eine Ausdehnung der Grenzen im Osten und Garantien im Westen. Inzwischen ist im „Deutschen Nationalausschuß“, der gegründet wurde, um die Politik des Reichskanzlers zu unterstützen, eine Stimmung zu bemerken, um unter dem Drange der militärischen Ereignisse das vom Reichskanzler ausgesprochene Kriegsziel noch mehr einzuschränken. Die Ausdehnung der Grenzen im Osten würde so ausgelegt werden, daß wirtschaftliche Vorteile in einem ziemlich selbstständigen Polen verlangt werden, wenn die Russen gewisse besetzte Gebiete enträumen, und daß die „wirklichen Garantien im Westen“ nicht in Festungen, sondern in einer internationalen Regelung bestehen würden, die für alle Staaten bindend sein sollte.“

Die „Rhein-Westf. Ztg.“ bemerkt hierzu: „Eine höchst unklare und zweideutige Geschichte. Hoffentlich enthalten die rednerischen Visitenkarten des Ausschusses einige Tatsachen, die sich über das allgemeine Getrausch von „Sicherungen und realen Garantien“ erheben. Sonst ist es an der Zeit, daß man die Ueberflüssigkeit und deshalb Schädlichkeit dieser „Webel-Schöpfung“ energisch betont.“ — Es ist auffällig, daß das Organ der Schwerindustriellen nur die Forderungen des Nationalausschusses kritisiert, sich aber nicht gegen die Behauptung wendet, die sechs Wirtschaftsverbände hätten ihre Kriegsziele einer Revision unterworfen. (2)

Bedenklicher Vorschlag.

In der „Deutschen Tageszeitung“ enträstet sich Graf Reventlow über die Worte, die Grey über die Regelung der Lebensmittel-einfuhr in die von den Deutschen besetzten Gebiete sprach, und nennt die Forderung einer neutralen Kontrolle über die Verwendung der Vordenerzeugnisse in den besetzten Ländern eine „massive Unverschämtheit“. Er nimmt dann diesen Anlaß wahr, um eine Forderung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ aufzugreifen, die dahin ging, daß man einen Teil der Bevölkerung der besetzten Gebiete „nur zu veranlassen brauche, ihr Land zu verlassen und zu ihren Freunden überzugehen, um damit jede Ernährungsfrage für das deutsche Volk auszufalten“. Graf Reventlow läßt die Frage offen, ob heute schon eine Notwendigkeit in dieser Richtung vorliege; unabweisbar erscheint ihm aber, daß nach Lage der Dinge wirtschaftlich und politisch nichts im Wege stünde, und der Vorschlag scheint ihm von großem Werte.

Wir glauben — von manchen anderen Bedenken ganz abgesehen — nicht, daß es dem deutschen Ansehen und der deutschen Kriegsführung sehr günstig wäre, wenn die verantwortlichen Stellen zu einer solchen Gewaltmaßnahme greifen und Hunderttausende, vielleicht Millionen friedlicher Bewohner der besetzten Gebiete zwingen würden, Haus und Heimat zu verlassen. (2)

Ein Erzbischof über Krieg und Frieden.

Der Kardinalerzbischof von Köln hat die Kinder seiner Diözese zu einem Gebetssturm für den Frieden aufgefordert. In dem Gebetsbrief sagt er über das Kriegselend und beantwortet die Frage nach den Kriegsurtsachen mit den Worten: „Der Krieg ist eine harte Strafe, die Gott über die Menschen kommen läßt, weil so viele Gott den Herrn durch Sünde beleidigt haben.“ Er gibt aber zu, daß der Krieg auch „eine schwere Prüfung für die Guten und Unschuldigen“ sei.

Der Kardinalerzbischof gibt seiner Aufforderung zum verstärkten Gebet folgende Ergänzung:

„Aber vielleicht wollt ihr mich fragen: Wir haben es getan und es ist doch Krieg geblieben und kein Friede gekommen. Ihr habt Recht, liebe Kinder! Aber nun frage ich euch: Warum ist denn noch kein Friede? Ich will es euch sagen: Weil wir alle noch nicht genug, oder noch nicht gut genug gebetet haben; und weil der gerechte heilige Gott noch nicht genug versöhnt ist wegen der vielen Sünden, die den Krieg herbeiführen haben; und weil Gott sieht, daß die Menschen noch nicht verdienen, daß der Krieg aufhört und Friede kommt. Darum müssen wir alle, auch ihr Kinder, noch braver werden und mehr und besser beten und Gottes gerechten Zorn besänftigen.“ (2)

Gewerkschaftliche Kundgebungen.

Die offiziöse bayerische Korrespondenz Hoffmann meldet: Die Konferenz christlich-nationaler Arbeiterführer, die heute in München tagte, befaßte sich nach einem Vortrag des Generalsekretärs Stegerwald mit den gegenwärtig schwebenden Fragen. Das Ergebnis der Konferenz ist dahin zusammenzufassen, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung die gegenwärtigen Treibe-reien gegen die Reichsleitung aufs allerentschiedenste mißbilligt und die Arbeiter warnt, mit verlockenden Scheingründen sich zum Schlepptier der politischen Reaktion gebrauchen zu lassen. Von der Reichsleitung erwartet die christliche Arbeiterschaft Bayerns, daß auch die Wünsche der Arbeiterschaft künftig in Deutschland eine angemessene Berücksichtigung erfahren.

Im Anschluß an diese Mitteilung dürfte folgende Meldung des „Lokalanzeigers“ von Interesse sein. Dem Blatte wird unter dem 4. August aus München gedrahlet:

Eine Besprechung der Vorstandsmitglieder des Kriegsernährungsamtes Generalsekretär Stegerwald und August ernährungsamter Generalsekretär Stegerwald und August Müller in Hamburg mit Vertretern der christlichen und freien Gewerkschaften ergab, daß die Gewerkschaften die gegenwärtigen Treibe-reien gegen die Reichsleitung auf das allerentschiedenste mißbilligen.

Der „Lokalanzeiger“ bringt diese Nachricht am Schluß eines längeren Berichtes über eine von den freien und den christlichen Gewerkschaften Münchens veranstaltete gemeinsame Versammlung und verfißt seinen Bericht mit der triumphierenden Ueberschrift: „Freie und christliche Gewerkschaften Hand in Hand.“ Wenn an der Tatsache der Münchener Versammlung, die eine rührende Ideengemeinschaft der Teilnehmer ergab, nach diesem Bericht nicht zu zweifeln ist, so bedarf die Meldung über eine Besprechung Stegerwalds und August Müllers mit Vertretern der christlichen und freien Gewerkschaften, soweit sie auf die freien Gewerkschaften Bezug nimmt, dringend weiterer Aufklärung.

Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstages.

Mit dem 12. Januar 1917 endet die Legislaturperiode dieses Reichstages und verfassungsmäßig müßten zu diesem Termin die Neuwahlen vorgenommen werden. Daß dies nicht möglich sein wird, darüber herrscht Uebereinstimmung zwischen allen in Betracht kommenden Faktoren. Unter dem Druck des Belagerungszustandes ist ein Wahlkampf eine Unmöglichkeit. Die „Köln. Volksztg.“, die sich gleichfalls mit dieser Frage befaßt, sagt:

„Es fragt sich, auf wie lange die Legislaturperiode zu verlängern sein wird. Man wird geneigt sein, zu antworten: Solange, bis wenigstens der größte Teil der jetzt im Felde stehenden Wähler an den Neuwahlen teilnehmen kann. Auch nach dem Friedensschluß wird ein großer Teil dieser Wähler kürzere oder längere Zeit außerhalb der Grenze des Deutschen Reiches festgehalten und dadurch an

der Teilnahme bei den Neuwahlen gehindert sein. Es ist aber sehr schwer, heute schon zu überschauen, bis wann unter diesem Gesichtspunkt der Termin für die Neuwahlen hinausgeschoben werden muß. Zweifellos wird man so dazu kommen, die Legislaturperiode zunächst um ein Jahr zu verlängern. Das weitere muß sich dann später finden.“

Der von der „Tägl. Rundschau“ vertretene Vorschlag, die Parteien sollten durch einen gemeinsamen Antrag die Verschiebung der Wahlen fordern, wird von dem Zentrumsblatt abgelehnt. Mit vollem Recht — es ist Sache der Regierung, dem Reichstag eine Vorlage zu unterbreiten. Die „Kölnische Volksztg.“ ermahnt ihre Anhänger:

„Namentlich ist die sorgfältige Aufrechterhaltung der Parteiorganisation in allen Zentrumswahlkreisen unbedingt notwendig und sollte nirgendwo vernachlässigt werden.“

Ein Pluralwahlrecht zum Reichstage?

Die „Deutsche Tageszeitung“ kommt auf die Ausführungen des Abgeordneten Ranzow in Königsberg zurück, wonach die Absicht bestehe, für Preußen ein Pluralwahlrecht einzuführen. Das agrarische Blatt stellt fest, daß der Gedanke, unferen Kriegern eine Pluralstimme bei Wahlen zu geben, schon vor langer Zeit in der „Süddeutschen Konservativen Korrespondenz“ ausgesprochen worden ist, und zwar habe sich dieser Vorschlag auf die Reichstagswahlen bezogen.

Reichstagswahlrecht nicht Pluralwahlrecht für Preußen.

Nach Zeitungsmeldungen sollte der fortschrittliche Landtagsabgeordnete Ranzow kürzlich in Königsberg den Gedanken der Einführung eines Pluralwahlrechts für die preussischen Landtagswahlen erörtert und dabei gefordert haben, daß jedem Kriegsteilnehmer eine Pluralstimme zugewilligt werde. Wie die „Königsberger Hartungische Zeitung“ jetzt meldet, beruht diese sonderbare Wahlrechtsforderung eines Fortschrittlers auf einem Druckfehler. Das Königsberger Blatt schreibt:

„Durch den Fortfall einer Druckzeile (in dem Bericht über die Rede Ranzows) ist zur Frage der preussischen Wahlreform der Satz entstanden: „Der liberale Antrag geht auf Pluralwahlrecht.“ Richtig muß es heißen: „Der liberale Standpunkt verlangt gründliche Reform und hält fest am Reichstagswahlrecht. Ein im Ministerium des Innern vorbereiteter Regierungsvorschlag geht auf das Pluralwahlrecht.“ Abgeordneter Ranzow betonte ausdrücklich, wie sehr sich bei der Opferwilligkeit des Volkes in diesem Kriege die Grundlage des Reichstagswahlrechts bewährt hat. Er fügte hinzu, daß, falls eine Regierungsvorlage das Pluralwahlrecht bringen sollte, er in unserer Landtagsgruppe darauf hinwirken werde, daß die fortschrittliche Volkspartei dann den Antrag stelle, jedem Kriegsteilnehmer eine Pluralstimme zu geben.“

Der Druckfehler hat Herrn Ranzow allerdings böß mitgespielt, aber ganz unschuldig ist er an dem Mißverständnis nicht. Wenn er schon die Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen vertritt, dann sollte er sich nicht so leichten Herzens mit dem Pluralwahlrecht abfinden, und es gar noch jetzt schon durch Verbesserungsanträge schmachthaft zu machen versuchen. Man muß allerdings dann zu der Ueberzeugung kommen, daß der Widerstand des Herrn Ranzow gegen die Einführung des Pluralwahlrechts nicht allzu erheblich sein werde.

Ein gemäßigter Reichstagsabgeordneter.

Der Reichstagsabgeordnete Kreisierarzt Löbbecke in Saarbürg, der dem Reichstag als „unabhängiger Vorkämpfer“ angehört, ist nach der „Voss. Ztg.“ dieser Tage seiner amtlichen Stellung enthoben und ihm für die Dauer des Krieges ein Ort in Pommern als Wohnsitz angewiesen worden. Ursache zu dieser Maßnahme der Behörde war das Verhalten Löbbeckes, der während der Rückfahrt von Berlin, wo er den Sitzungen des Reichstages beigewohnt hatte, unvorsichtige und mindestens mißverständliche Äußerungen über die Kriegslage und die Kriegsmittel getan hatte.

Landtagsabgeordneter Dumrath gefallen.

Der nationalliberale Landtagsabgeordnete Dumrath, Vertreter des Wahlkreises Soltan-Hallinghofel, ist, wie aus Hannover gemeldet wird, als Oberleutnant im Osten gefallen.

Regelung des Gummifaugerbezuges.

Nach einer vom Bundesrat beschlossenen Verordnung müssen die aus dem Ausland eingeführten Gummifauger für Säuglinge an die Handelsgesellschaft deutscher Apotheker in Berlin (Hageda) geliefert werden. Durch Vermittlung der Gummi-Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums und der Hageda werden die fernherhin im Inland zur Verfügung gelangenden und die aus dem Ausland eingehenden Gummifauger den Apothekern zur Abgabe geliefert werden. Dort sind sie zum Preise von 35 Pf. für das Einzelstück Inlandware käuflich. Ausländische Gummifauger werden voraussichtlich zum gleichen Preise erhältlich sein. Die Sauger dürfen regelmäßig nur gegen Vorzeigung des Geburtscheins und nur für solche Kinder, die nicht über ein Jahr alt sind, abgegeben werden, und zwar aus Sparmaßregeln für ein Kind das erstmal nicht mehr als zwei Sauger, fernerhin aber nur gegen Rückgabe der früher bezogenen, damit daraus neue gefertigt werden können. Der Verkauf von Saugern aus Ersatzstoffen für Gummi ist nach wie vor freigegeben.

Deutschlands Wirtschaftsbilanz.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht einen mehrere Spalten umfassenden Artikel, der eine Wirtschaftsbilanz Deutschlands seit Ausbruch des Krieges darstellt. Der Artikel betont zunächst, daß England noch immer an dem Gedanken festhält, daß Deutschland und seine Verbündeten aus den ihnen zur Verfügung liegenden Gebieten nicht die Kräfte ziehen können, um einmal den Krieg Jahre hindurch erfolgreich durchzuführen und ferner gleichfalls Jahre hindurch das wirtschaftliche Gleichgewicht seiner Bevölkerung einigermaßen aufrechtzuerhalten, und um endlich am Kriegesende und nachher noch zu weltwirtschaftlicher Bedeutung fähig zu sein. Diese Auffassung Englands wird nun in dem Artikel eingehend zu widerlegen versucht. Es wird gesagt:

„Als hier vor einigen Wochen die beispiellos ungünstigen Ziffern der Ernte von 1915 mitgeteilt wurden, wiesen wir darauf hin, daß in jenen Zahlen der unumgängliche Beweis des Scheiterns des britischen Nahrungserwartungsplanes nicht nur für dies Jahr, sondern für jede mögliche Kriegsdauer enthalten sei. Denn ein Heinerer Ertrag des deutschen Aders als der vorjährige, ist auch bei härtester Anspannung der natürlichen Voraussetzungen nicht zu erwarten; und mit dieser Minimalernte sind wir durchgekommen, aus ihr haben wir noch erhebliche Zubuße für die von den zurückstehenden Russen zerstörten Besatzungsgebiete des Ostens abgeben, die sich schon vom kommenden Herbst ab selbst vermehren, und nach Deckung ihres eigenen Bedarfs vielleicht sogar gewisse Mengen zurückzuführen können. Die deutsche Ernte wird zum mindesten eine gute Mittelernte sein, d. h. sie wird mehrere Millionen Tonnen mehr in unsere Scheunen liefern als die letzte.“

Die Behauptung eines englischen Blattes, daß wir unser Vieh schrittweise aufzehren, wird zurückgewiesen und betont, daß wir eine glänzende Futtermittelherstellung haben und daß uns allein an Gerste mindestens

Textilwaren-Bezugscheine für Gewerkschaftsmitglieder.

Laut Bundesratsverordnung ist seit dem 1. August die Erwerbung von Web-, Wirt- und Strickwaren...

Nach den Darlegungen des Genossen Körsten erlangen die Berliner Gewerkschaftsmitglieder die Bezugscheine in folgender Weise:

Zunächst ist zu beachten, daß die Verordnung gewisse Ausnahmen vorsieht, wo Waren der gedachten Art ohne Bezugschein erworben werden können.

Fertige Herrengarderobe kann ohne Bezugschein erworben werden, sofern sie folgende Kleinhandelspreise übersteigt:

Artikel der Damenkonfektion sind ohne Bezugschein zu haben, wenn sie folgende Kleinhandelspreise übersteigen:

Ferner gibt es ohne Bezugschein: Säuglingswäsche und Säuglingsbekleidung, Korsetts und Korsettchen, Wäschestoffe...

Wer Gegenstände kaufen will, die nicht unter die vorstehenden Ausnahmen fallen, der muß einen Bezugschein haben. Das wird in der Regel in den Fällen erforderlich sein...

Die Vermutung für die Notwendigkeit der Anschaffung von gewissen Kleidungs- und Wäschestücken kann als gegeben angesehen werden

- a) bei Gründung eines Haushalts, b) für Wöchnerinnen und Kinder, c) bei Krankheiten und Todesfällen, d) bei besonderen kirchlichen Feiern...

In einer in den Ausführungsbestimmungen gegebenen Erläuterung zu dem vorstehenden Absatz heißt es:

Soweit der erstmalige Antrag nur auf Erteilung des Bezugscheins für ein oder zwei Wäschestücke derselben Gattung oder auf ein Stück Oberbekleidung derselben Art gerichtet ist...

Die Gewerkschaften haben die Mitarbeit bei der Bedarfsprüfung übernommen, um ihren Mitgliedern bei der Erlangung von Bezugscheinen Zeit zu ersparen.

Der Antragsteller geht in das Bureau seiner Gewerkschaft. Dort bekommt er ein Bezugscheinformular, welches er auszufüllen hat.

burschen usw.) sowie erwachsene Familienmitglieder, die ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten, haben den Schein auf ihren eigenen Namen auszustellen.

Welche der städtischen Ausfertigungsstellen für den Stadtbezirk des Antragstellers zuständig ist, ergibt sich aus dem folgenden Verzeichnis.

Table with 3 columns: Ausfertigungsstelle Nr., Umfassend die Stadtbezirke, Sitz der Ausfertigungsstelle. Lists various districts and their corresponding addresses.

Aus Groß-Berlin.

Sturm in Berlin.

Der orkanartige Westwind, der nach Tagen schönsten Sommerwetters am Donnerstagabend einsetzte, hat in Groß-Berlin nicht unerheblichen Schaden angerichtet.

In den Straßen Groß-Berlins sind eine ganze Reihe von Fensterscheiben dem Sturm zum Opfer gefallen.

Leeres Verbe.

In der „Berliner Morgenpost“ vom 4. August ist folgender Erguß zu lesen:

Der neue radikale Vorstand des sozialdemokratischen Verbandes für Groß-Berlin unter Leitung Adolf Hoffmanns befindet sich in einer wenig beneidenswerten Lage.

„Arbeiter! Arbeiterinnen! Unter dem Deckmantel für die Opfer des Klassenkampfes“ und unter ähnlichen Heberkräften...

Diese Warnung läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und wird sicher ihren Zweck nicht verfehlen.

In dieser Anklage der „Morgenpost“ ist so ziemlich alles falsch. Falsch ist die Angabe, daß der Parteivorstand dem Verbandsrat...

tragen keinerlei Unterschrift, die auf ihren Urheber schließen lassen. Daß diese Zettel von dem alten Vorstand sein sollen, ist eine Behauptung, die vollständig aus den Fingern gezogen ist.

Städtische Volksspeisung.

Auch für die kommende Woche wird denjenigen, die an der städtischen Volksspeisung teilnehmen, nur ein Teilabschnitt der Kartoffelkarte in Anrechnung gebracht.

Die Butterration.

In der nächsten Woche, vom 7. bis 13. August, gelangen wiederum 90 Gramm Butter zur Verteilung.

Eine Millionenstiftung für uneheliche Kinder.

Der am 17. Juli 1916 verstorbenen Geheimen Regierungsrat Dr. Ing. h. e. Carl Hofmann in Berlin hat der Stadtgemeinde Berlin den Betrag von einer Million Mark mit der Auflage vermacht...

Herabsetzung der Kartoffelpreise in Sicht?

Aus dem Rathaus wird berichtet: „Wie wir erfahren, hat die Reichskartoffelstelle Anweisung an die mit Kartoffellieferungen für die Bedarfsverbände beauftragten Lieferungsstellen...

Es wird höchste Zeit, daß die Kartoffelpreise herabgesetzt werden.

Verkauf von Hühnern. Heute, am Sonnabend, findet in den Markthallen, in Ständen, die besonders bezeichnet sind, ein städtischer Verkauf von lebenden Hühnern statt.

Der Brand einer Riffenfabrik hat gestern der Berliner Feuerwehr eine Menge Arbeit verursacht. Es brannte in der Alten Jakobstraße 18/19 gegenüber der Feilnerstraße auf dem 3. Hofe das dreistöckige langgestreckte Luergebäude...

Näharbeit an Heimarbeiterrinnen haben die Arbeitsnachweise der Schneider: Junferstr. 10, Rüdigerstr. 9, Gerichtstr. 35 und Tredehofstraße 58, im Laufe der letzten Tage in größeren Mengen vergeben.

Wootunglück auf dem Langensee.

Ein aufregender Wootunglück hat sich am Freitagmorgen auf dem Langensee ereignet. Trotz des auch gestern früh noch anhaltenden Sturmes hatte sich der Kaufmann Witten aus Berlin mit seinem Segelboot auf den See hinausgewagt.

Straßenunfall. Beim Befahren eines in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens ist Donnerstag nachmittag Oberst a. D. v. Müller zu Schaden gekommen.

Verletzung an der Stirn und Querschnittsverletzungen am Arm. Der Verunglückte wurde zur nächsten Unfallstelle und von dort nach seiner Wohnung gebracht.

Auf frischer Tat ertappt wurde gestern vormittag ein Fahrraddieb in der Kochstraße. Dort holte er vom Hofe eines Grundstücks ein Rad herunter, um damit zu verschwinden. Er wurde aber beobachtet, von ungefähr zehn Nachfahrern verfolgt und an der Wilhelmstraße eingeholt und festgenommen. Nachdem man ihm eine Tracht Prügel verabreicht hatte, brachte man den Dieb mit dem Rad nach dem Grundstück zurück und übergab ihn dann der Polizei. Diese stellte ihn fest als einen Fürsorgezögling Walter Grün, der aus der Anstalt in Hamburg entwichen ist und sich wohnungslos in Berlin umhertreibt.

Berliner Arbeiterverein für Obdachlose. Im Monat Juli nächstigen im Männerzahl 7041, im Frauenzahl 2378 Personen. Arbeitsnachweis wird erteilt für Männer und Frauen Wiesenstr. 55/59.

Eine überraschende Aufklärung hat die vermeintliche Unterschlagung bei den Gaswerken gefunden, über die wir gestern nach einer Korrespondenz berichteten. Nidel hatte 6000 M. eingenommen. Statt diese an die Kasse abzuliefern, legte er sie in einen Schrank und ging dann in der Aufregung über irgendeinen Verger, den er gehabt hatte, weg. Später schrieb er, daß er sich das Leben nehmen werde. Jetzt glaubte man, daß er das Geld veruntreut habe. Als man jedoch später den Schlüssel zum Schrank, den der Buchhalter in der Aufregung verlegt hatte, fand und den Schrank öffnete, entdeckte man das Geld. Nidel beruhigte sich bald wieder, kehrte nach Hause zurück und trat auch seinen Dienst wieder an. Es liegt also nichts gegen ihn vor.

Das Casino-Theater beginnt am Mittwoch, den 16. August, seine diesjährige Spielzeit. Nach wie vor werden nur Berliner Pöbel und Volkstümliche zur Aufführung gelangen, und betitelt sich die neue Berliner Pöbel „Meine gute Olla“. Dem Juge der Zeit folgend, ist der Beginn auf 8 1/4 Uhr verlegt worden.

Das nächste Konzert des Philharmonischen Orchesters findet heute Sonnabend, den 5. August in der Reuen Philharmonie, Köpenicker Straße 98/97 statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr.

Der Vorverkauf zu den Volkskonzerten findet in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer 15, Zimmer 13, außer Sonnabends nachmittags, und in den betreffenden Konzertsälen statt. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf. Kasseneröffnung 7 Uhr.

Die Reinickendorfer Feuerwehren von West und Ost hatten in General-Boyna-Straße 65 einen Dachstuhlbrand zu löschen, der infolge des großen Sturmes eine größere Ausdehnung erlangte, aber trotzdem bald gelöscht werden konnte.

Aus den Gemeinden.

Verkauf des Gemeinde-Elektrizitätswerks in Weißensee.

Die letzte Gemeindevertreterversammlung beschloß, das Gemeinde-Elektrizitätswerk an das Märkische Elektrizitätswerk, Aktiengesellschaft zu Berlin, zum Kaufpreis von 1588 530 M. zu verkaufen, und zwar das Grundstück Große Seefr. 13/14, die auf diesem Grundstück befindlichen Gebäude, die Kessel, Maschinen, Schaltanlagen bis zu den Sicherungen und die gesamte elektrische Einrichtung, die Werkzeuge, Vorräte und Betriebsmaterialien. Das gesamte Stabelnz, wie es sich zurzeit befindet, verbleibt im Eigentum der Gemeinde und gibt die Gemeinde den von den Märkischen Elektrizitätswerken zu liefernden Strom an die Konsumenten zu den bestehenden Tarifpreisen ab. Das Märkische Elektrizitätswerk liefert lediglich Großabnehmern Strom zu Kraftzwecken, während die Gemeinde das ausschließliche Recht hat, die Großabnehmer mit Strom zu versorgen, der nicht Kraftzwecken dient. Der Verkauf des Elektrizitätswerkes hat sich nötig gemacht, weil durch die Entwicklung der Industrie das bestehende Werk sich nicht mehr als leistungsfähig erwies und nur durch Aufstellung kostspieliger Maschinen oder durch Lieferung des Stromes von dritter Seite rentabel gemacht werden konnte. Durch langandauernde Verhandlungen hatte man sich entschlossen, die gesamte Stromlieferung dem Märkischen Elektrizitätswerk zu überlassen. Dieses Werk garantiert weiter der Gemeinde, daß der Gewinnanteil, den die Gemeinde aus der Superdividende der Provinz erhält, folgende Höhe erreicht: bei einem jährlichen Absatz von über 5 Millionen Kilowattstunden 1 Proz., über 8 Millionen Kilowattstunden 1 1/2 Proz., über 12 Millionen Kilowattstunden 2 1/2 Proz., steigend bis 32 Kilowattstunden 5 Proz. von der gesamten innerhalb der Gemeinde erzielten Stromerinnahme. Das Märkische Elektrizitätswerk ist verpflichtet, die jetzt schon beteiligten Großabnehmer mit Strom zu versorgen. Die Übernahme des Gemeindeelektrizitätswerks erfolgt am 1. September 1916.

Kriegsteuerungszulagen in Wilmsdorf.

Kriegsdeputation und Magistrat haben, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, mit Rücksicht auf die anhaltende Teuerung der Lebenshaltung eine Abänderung der seit 1. April 1915 gewährten Kriegsteuerungszulage an die städtischen Arbeiter, Angestellten, Beamten und Lehrpersonen beschlossen. Es sind nicht nur die Grundbeträge der bisherigen Zulage, sondern auch die Kinderzulage erhöht worden. Außerdem wurde der Kreis der Empfänger erweitert, indem bei den einzelnen Gruppen die für die Gewährung maßgebenden Einkommensgrenzen eine Erhöhung erfahren. Während nämlich bisher diese Einkommensgrenzen für Ledige auf 2000 M., für Verheiratete auf 3000 M. festgesetzt waren, sind sie jetzt auf 2200 bzw. 5000 M. bestimmt. Die erhöhten Zulagen sollen vom 1. Juli dieses Jahres ab gezahlt werden.

Bezugscheine für Web-, Strick- und Wollwaren in Pankow.

Die Ausfertigung von Bezugscheinen für Web-, Strick- und Wollwaren erfolgt im Rathaus, Zimmer 13. Hier wie auch in den Verkaufsgeschäften sind Vordrucke der Bezugscheine erhältlich. Die Ausfertigung ist unter Vorlegung eines Vordruckes zu beantragen, der für Familien mit dem Antragsteller auf den Namen des Familienhauptes ausgefüllt sein muß, auch wenn es sich um andere Familienmitglieder handelt. Ausgenommen hiervon sind nicht zur Familie gehörige Haushaltsangehörige sowie solche Familienmitglieder, die ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten. Für diese Personen ist der Bezugschein auf ihren eigenen Namen auszufüllen. Für jede Warengattung ist ein besonderer Bezugschein erforderlich, auf dem hinter der Bezeichnung des Gegenstandes angegeben ist, für wen die Beschaffung erfolgen soll. Bei Kindern ist außerdem das Alter anzugeben. Zur Feststellung der Notwendigkeit der Anschaffungen sind außer der bei der Ausfertigungsstelle (im Rathaus) eingerichteten Prüfungsstelle zunächst auch die freien Gewerkschaften als besondere Prüfungsstellen bestellt und ermächtigt, Anträge ihrer Mitglieder entgegen zu nehmen sowie die Notwendigkeit der Anschaffungen zu prüfen und zu beschleunigen. Bei den Geschäftsstellen der Gewerkschaften sind auch die erforderlichen Vordrucke erhältlich. Die beantragten Bezugscheine müssen in der von der Ausgabestelle bestimmten Frist von dieser abgeholt werden. In besonders dringenden Fällen, in denen die Notwendigkeit der Anschaffung ohne weiteres ersichtlich ist, kann der Bezugschein sofort erteilt werden.

Zum Kartoffelvertrieb im Kreise Teltow.

Der Landrat des Kreises macht bekannt, daß die Erzeuger von Kartoffeln die nicht für den eigenen Betrieb erforderlichen Mengen nur an die Teltower Kriegswirtschaftsgesellschaft m. b. H. in Berlin und deren angenommene Händler verkaufen dürfen.

Verboten ist insbesondere 1. die Ausfuhr von Kartoffeln und deren Verkauf außerhalb des Kreises Teltow; 2. der Verkauf an Großhändler, die nicht Händler der Teltower Kriegswirtschaftsgesellschaft sind; 3. der Verkauf auf Wochenmärkten außerhalb des Bohnortes des Kartoffelerzeugers.

Zu den Parteidifferenzen in Teltow-Beeskow.

Die Anhänger des alten Kreisvorstandes haben in den letzten Tagen in verschiedenen Orten des Kreises Versammlungen abgehalten, über die sie uns Berichte übermitteln, denen wir folgendes entnehmen:

Neukölln. Am 8. August fand in der „Ideal-Klause“ eine gutbesuchte Versammlung von Neuköllner Genossen statt, die gewillt sind, Mitglieder des alten Kreisvereins für Teltow-Beeskow zu bleiben.

Der Einberufer der Versammlung, Genosse Aug. Neumann, gab einen kurzen Bericht über die Verhältnisse in der Kreisorganisation und im Wahlverein Neukölln, wie sie sich als Folge des Neuköllner Beitragsperre-Beschlusses vom 27. Mai und 28. Juni gestaltet haben. Er schlug der Versammlung vor, folgende Erklärung als ihre Willensäußerung zu beschließen:

„Im sozialdemokratischen Wahlverein Neukölln hat sich ein Teil der Genossen planmäßig in den schärfsten Gegensatz zu den von den berechtigten Organen der Gesamtpartei (Partei-Vorstand, Parteiauswahl und der Reichstagsfraktion) im Interesse des Proletariats vertretenen Politik gestellt. Sie haben in steigendem Maße die auf dem Boden dieser Organe stehenden Genossen an der sachlichen Vertretung ihres Standpunktes gehindert und sich durch ihre Beschlüsse, besonders durch den Beschluß der Beitragsperre, und durch die Verletzung des Organisationsstatuts außerhalb des Rahmens der Organisation gestellt.“

Wir sind deshalb zu unserem Bedauern nicht mehr imstande, gemeinsam mit diesen Genossen die Grundzüge der Partei zur Geltung zu bringen, und sehen uns daher genötigt, um die alten sozialdemokratischen Grundzüge auch ferner zu vertreten und an Stelle einer wirkungslosen Demonstrationspolitik praktische Arbeit im Dienste des Proletariats leisten zu können, unter Anerkennung des alten Kreisvorstandes und der von diesem einberufenen Kreisgeneralversammlung unseren alten Wahlverein unter einem anderen Vorstand nach dem bestehenden Statut weiter zu führen. Wir sind der Überzeugung, hiermit dem Interesse der Parteigenossen, besonders der im Felde stehenden, am besten zu dienen.“

Nach eingehender Aussprache, an der sich 12 Genossen beteiligten, wurde diese Erklärung einstimmig angenommen.

Als Vorstand des Orts-Wahlvereins wurden darauf folgende Genossen gewählt: als erster Vorsitzender Gen. Aug. Neumann, als zweiter Vorsitzender Otto Wanger, Kassierer Otto Jacobs, Schriftführer Heinrich Krause, Beisitzer Otto Guse. Weitere Wahlen zum Vorstande wurden vertagt. — Sodann wurde die Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung am 8. August vorgenommen.

Brix-Budow. Mit den Organisationsfreitigkeiten beschäftigte sich eine am 2. d. M. tagende Versammlung. Die Mehrheit der Mitglieder des Ortsvereins hat sich durch Entsendung von Delegierten zu den Veranstaltungen der Opposition bzw. des Bezirksvorstandes Groß-Berlin auf den Standpunkt des neuen Kreisvorstandes gestellt. Der Ortsvorstand hat diese Stellungnahme noch ergänzt durch seinen Beschluß: mit dem alten Kreisvorstand alle Verbindungen abzubauen und nur den neuen Kreisvorstand anzuerkennen und von diesem Beitragsmarken zu entnehmen. Eine Abrechnung mit dem alten Kreisvorstand soll nicht erfolgen. Eine besondere Beschlusfassung hierüber durch die Mitglieder hält der Wahlvereinsvorstand nicht für erforderlich.

In der eingehenden Debatte wurde von allen Rednern ausgeführt, daß der Ortsvorstand mit seinem Beschluß den Boden der alten Organisation verlassen hat und, da diese noch zu Recht besteht, nicht mehr als Funktionär der Parteiorganisation gelten kann.

Bedenken gegen eine sofortige Reorganisation, die dem Statut entspricht, sind nach den Vorcommissarien der letzten Wochen und gegenüber einem Vorstand bzw. einem Beauftragten einer Sonderorganisation gegenstandslos.

Ihren Standpunkt präziserte die Versammlung bei zwei Stimmhaltungen durch folgende Erklärung:

„Die am 2. August er. tagende Versammlung der Mitglieder des Wahlvereins Brix-Budow stellt sich auf den Boden der alten Kreisorganisation. Sie erblickt in der Wahl eines sogen. neuen Kreisvorstandes und Herausgabe von Beitragsmarken durch diesen eine Neugründung. Die Versammlung lehnt es ab, dem Beschlusse des bisherigen Vorstandes des Wahlvereins Brix-Budow, „sich an dieser Neugründung zu beteiligen“, zu folgen.“

Die hierauf vorgenommene Vorstandswahl ergab folgenden Resultat: Vorsitzender H. Gutschmidt, Kassierer W. Butenkühn, Schriftführer Luise Siebel, Revisoren Witte und Karge, Jugendkommission Richard Schmidt.

Zu Delegierten für die am 8. August er. stattfindende Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Siebel und die Genossen Gutschmidt, Butenkühn und Schmidt gewählt.

Beeskow. Eine am Donnerstag, den 3. August, abgehaltene Versammlung, welche von 26 Mitgliedern des Wahlvereins besucht war, beschäftigte sich mit den Parteiverhältnissen im Kreise Teltow und wählte nach eingehender Würdigung der Situation einen Vorstand, der die Garantie bietet, daß die alten Grundzüge der Parteidisziplin auch im hiesigen Wahlverein wieder Geltung bekommen. Der Vorstand besteht aus dem Genossen H. Schleffler, Vorsitzender, Der Vorstand besteht aus den Genossen H. Schleffler, Vorsitzender, zur Kreisgeneralversammlung am 8. August wurden die Genossen Schleffler und Haese gewählt.

Mitgliederversammlung in Grünau.

In der am Mittwoch, den 2. August, tagenden Mitgliederversammlung des Wahlvereins wurden Genosse Prang als erster Vorsitzender und Genosse Klein als Kassierer gewählt. Nach der Wahl gab Genosse Prang die Erklärung ab, daß die Geschäfte mit dem neugewählten Vorstand erledigt werden, womit die Versammlung einberstanden war. Nach dieser Zustimmung wurde von einer Delegiertenwahl für die vom alten Kreisvorstand zum Sonntag, den 6. August, einberufenen Kreisgeneralversammlung Abstand genommen.

Aus aller Welt.

Nachrichten durch Flieger.

Ein Kompagnieführer schrieb dieser Tage der Frau eines Vermittlers die folgenden Zeilen aus dem Felde:

„Werte Frau, Ihr Mann ist seit dem 1. Juli verwundet in englischer Gefangenschaft. Ein Flieger hat die Namen der... er, die verwundet gefangen wurden, abgeworfen und daher haben wir die Nachricht. Warten Sie also ruhig näheres aus England von Ihrem Mann ab. Ich glaube, daß er gut gepflegt wird.“

Die „Times“ brachte am 24. Juli die folgende Meldung: Nach Newcastle kam die Nachricht, daß sich der seit dem 3. Juli vermisste Leutnant W. V. Ellis vom Royal Flying Corps in deutscher Kriegsgefangenschaft befindet. Ein an seinen Vater gerichteter Brief mit der Nachricht seines Wohlfindens wurde von einem deutschen Flieger über den englischen Linien abgeworfen. Leutnant Ellis teilt mit, daß er von den Offizieren der deutschen Fliegerabteilung gut behandelt würde. (Z.)

So 'was kommt in den „besten Familien“ vor.

Wie weite Kreise sich daran beteiligen, die Kriegsnot zu ihrem Vorteil auszunützen, illustriert sehr gut die folgende Mitteilung, die der „Tägl. Rundschau“ aus Stolpe zugeht: „Wegen Ueberschreitung des Höchstpreises für Eier hatte sich Frau v. Brehn aus Lojow, Frau des Kammerherrn v. Brehn, vor dem Stolper Schöffengericht zu verantworten. Sie wurde zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Derselben Uebertretung hatte sich Frau Majoratsbesitzer v. Puttkamer aus Stowitz schuldig gemacht, die zu 100 M. Geldstrafe verurteilt wurde.“

Es mag der Frau Kammerherrin und Frau Majoratsbesitzerin etwas peinlich sein, ihre Namen dergestalt durch die Presse gezerzt zu sehen. Aber es ist nicht mehr als recht und billig.

Aus dem eidgenössischen Volksherr.

In Nr. 347 des Berner „Bund“ vom 26. Juli ist aus Bern ein Befehl veröffentlicht, welchen der Kompagniekommandant G. Hübler im Nachhol der 3. Kompagnie des 90. Bataillons hat anschlagen lassen. Er lautet:

„Bei der Auktionsstellung sind die Schaltern energisch zurückzuführen, der Mann hat auf die Zähne zu beißen, die Gesichtsmuskeln zu berzern und die Augen leicht nach aufwärts zu richten. Der Mann soll in der Auktionsstellung wie ein Sprungbereiter Tiger stehen.“

Diese Erziehung erwachsener Menschen zur Tigernatur ist sogar dem „Bund“ zu bunt. Das Regierungsorgan findet die von der sozialdemokratischen Presse an diesem Kabinettsstück geübte Kritik in der Sache berechtigt, wenn auch nicht in der Form. Jedenfalls zeigt der Befehl, daß man auch in der Schweiz zu lernen vermag.

Mordversuch in Dresden. In einer Leihbibliothek in Dresden wurde am Freitag die Verkäuferin Johanna Schoepe überfallen und durch einen Stich in den Kopf schwer verletzt. Blutüberströmt und bewußtlos mußte sie ins Krankenhaus geschafft werden. Von dem Täter hat man bisher keine Spur.

Französischer Heereslieferungsstandal. „Petit Journal“ zufolge wurden im Bezirk Bordeaux große Unterschlagungen bei Munitionslieferungen entdeckt und dem Kriegsgericht angezeigt.

Unertägliche Dipe in Kairo. „Daily Telegraph“ berichtet aus Kairo, die Dipe sei dort so unerträglich geworden, daß alle Spitäler mit Dipschlagkranken gefüllt sind.

Parteiveranstaltungen.

Stralau. Gemeinamer Jahlabend bei Schulz, Marienstrand 6. Mariendorf. Der Bildungsausschuß veranstaltet Sonntag eine Besichtigung des Botanischen Gartens. Treffpunkt nachmittags 1 1/2 Uhr am Bahnhof Mariendorf. Kinder unter 10 Jahren dürfen nicht daran teilnehmen.

Arbeiter-Zamariterbund. Kolonne Groß-Berlin. Lehrstunde haben nächste Woche, abends 8 1/2 Uhr: 1. bis 6. Abteilung: Montag, den 7. August, im Restaurant Köpenicker Str. 62. Nach dem Vortrag praktische Verhandlungen.

Sonntag, den 6. August, nachmittags 2 1/2 Uhr: Familien-Spielausflug nach dem Plänterwald. Treffpunkt Restaurant Rats, Neue Krug-Allee 23 (Preptow). Gäste sind gern gesehen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Zinckstr. 3, IV. Hof rechts, portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Eintrag ist ein Vordruck und eine Zahl als Briefzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenbescheinigung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

C. 61. Zur Feuerbestattung ist nach dem Gesetz vom 13. September 1911 in Preußen der Nachweis erforderlich, daß der Verorderte die Feuerbestattung angeordnet hat. Dieser Beweis kann nach dem Gesetz nur erbracht werden: 1. durch eine letztwillige Verfügung des Verstorbenen, 2. durch eine mündliche Erklärung des Verstorbenen, die von einer zur Führung eines öffentlichen Siegelbeschlusses berechtigten Person als in ihrer Gegenwart abgegeben befunden ist. Es würde also eine Erklärung folgender Art, wenn sie eigenhändig geschrieben und unterschrieben und mit Ort und Datum versehen ist, genügen: „Letztwillige Verfügung: Berlin, den 1. September 1916. Ich ordne hierdurch für meine Leiche die Feuerbestattung an. Unterschrift.“ Eine Stempelung oder dergleichen ist für diese Verfügung nicht erforderlich. — R. 18. Ja. — C. 2. 100. 1. Soviel und bekannt, steht Ihnen in diesem Falle, da Sie Arbeit haben, die Abkündigung nicht zu. 2. Die Unterführung würde an sich Ihrer Frau solange zustehen, bis Sie entlassen sind. Es kann aber die Besitze aus Ihrem Lohn sozieren, daß Bedürftigkeit nicht vorhanden ist. liegt Bedürftigkeit nicht vor, so ist auch die Kreisunterstützung nicht zu zahlen. — W. 55. 1. und 2. Ja. — G. J. 38. Um aus der Kirche auszutreten, müssen Sie zunächst an das Amtsgericht Ihres Wohnortes sich um die Mitteilung wenden: „Ich beabsichtige, aus der (evang.; luthol.) Landeskirche auszutreten und beantrage die Ansetzung eines Termins zwecks Austritts aus der Landeskirche.“ Dann müssen Sie sich innerhalb vier bis sechs Wochen, auch wenn Sie keine Vorladung bekommen, auf dem Gericht einstellen und dort zu Protokoll Ihren Austritt erklären. Die Kosten betragen 3 M. und Gerichtsgebühren. Wenn die Frau nicht austritt, sind die auf sie entfallenden Kirchensteuern weiter zu bezahlen. Wer austritt, hat nur noch für das laufende und das auf seinen Austritt folgende Kalenderjahr Kirchensteuern zu bezahlen. — A. W. 31. Die Steuer ist zu bezahlen. — S. 4. Wenden Sie sich an die Gemeindefreiwirtschaft. — Erntegeld 1916. 1.-3. Fehler, die zeitlich untauglich machen, aber doch zu vermindert werden können, daß volle oder bedingte Tauglichkeit eintritt: Allgemeine Schwächlichkeit, Augenkrankheit, Schwerhörigkeit, 4. Landsturmübige; schwerhörig. — A. 7. Ja. — Steuer 44. Steuerpflichtigkeit liegt vor. — R. 6. 100. Sie müssen abbleiben. — Australien. 1. Voraussetzungen liegt Beschuldigung vor. Wenden Sie sich an das Auswärtige Amt. 2. Wenden Sie sich an das Botschaftsamt in Ulan. — J. B. 3. 2. Rein. Es ist durch Gesetz vom 4. August 1914 dem Reichstag die Ermächtigung erteilt, allgemein oder für bestimmte Bezirke oder für bestimmte Arten von Anlagen Ausnahmen von den Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung für Jugendliche und Arbeiterinnen und von weiteren auf Grund der Gewerbeordnung vom Bundesrat erlassenen Schutzbestimmungen zu gewähren. Ferner ist der höheren Verwaltungsbehörde das gleiche Recht, Ausnahmen zu bewilligen, für einzelne Betriebe erteilt. Es sind also nicht allgemein die Schutzbestimmungen für Jugendliche — zu diesen gehören die über Frauen — aufgehoben, sondern nur die Ermächtigung zur Aufhebung erteilt. Ob für Ihren Betrieb etwa solche Ausnahme bewilligt ist, erfahren Sie am sichersten durch Anfrage beim Gewerbeinspektor. — S. 2. 1. Rein, am 19. März 1871 aus der Gelangenschaft entlassen, bezog er sich nach Chelshurt bei London. 2. Am 9. Januar 1873. 3. Auch seit 1888 im Kaufmann in Hornborough. 4. An den Folgen einer Steinerkrankung. 5. Nicht bekannt. — G. 3. 34. Die Witzelgrube ist nicht aufgehoben. Urlaub kann nur der Truppenteil gewährt, bei dem der Betreffende steht. Ein Recht auf Urlaub gibt es nicht. — W. 43. Die einzelnen Fächer dieser Schulen sind uns nicht bekannt. Sie bekommen dort aber bereitwillig jede gewünschte Auskunft. — W. 25. Das Wort ist annehmend unrichtig niedergegeben. Sie meinen wohl Hypertrophie: Uebermäßige Ernährung, Vergrößerung eines Körperteils; auch das Dickwerden wird damit bezeichnet. — J. N. 300. Wenden Sie sich bei Ihrem Postamt. Wenn dort keine Stelle frei ist, so erfahren Sie dort, wohin Sie sich zu wenden haben. — W. 3. 25. Wenn das Angehörige im ganzen Hause verbreitet ist, so wird sich schwer etwas dagegen machen lassen. Nehmen Sie mal einen Kammerjäger zu Hilfe. — J. N. 2. Darauf können wir uns nicht einlassen, sondern müssen Sie an den Arzt verweisen. — H. 100. Darüber hat der Truppenteil zu entscheiden, bei dem der Betreffende steht. — G. 8. 7. Die Standort der Erbs- und Reservetruppenteile sind nicht bekannt gegeben. Aber für einen Reservist bedingt die Adresse. — S. 23. 69. Wenden Sie sich unter Anführung der dargelegten Begründung an Ihr Steuerbureau. — A. 3. 16. Meldung auf dem Bezirkskommando. Woiw in Sowno. Ein Recht auf diese Kommandozulage besteht nicht. — Kammerstraße 31. Derartige Anträge sind uns nicht bekannt. — R. 6. 26. In dem Generalkommando einzurufen. — 2. 50. Kommt auf die Art des Stoffes an. Am besten könnten Sie wohl beim Drogerien Kauf holen. — G. H. 3. Ja.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Hiemlich kühl. Zeitweise heiter, aber sehr veränderlich. Deister leichte Regenstauer.

In freien Stunden

Eine Wochenschrift für die arbeitende Bevölkerung.

Mit dem 1. Juli beginnt ein neuer Roman und daher bietet sich Gelegenheit, das Abonnement zu beginnen. Zum Abdruck kommen:



Der Sonnenwirt

Roman von Hermann Kurz. Illustriert von Jos. Damberger.

Diesem Roman, der zu den besten der deutschen Literatur gehört, könnte man als Motto das Wort eines unserer bekanntesten Strafrechtslehrer voraussetzen: „Jede Gesellschaft hat die Verbrecher, die sie verdient.“ Denn der Verfasser stellt uns eindringlich dar, wie ein ursprünglich guter und tüchtiger, wenn auch leidenschaftlicher Mensch durch Kastengeist, Dummheit und soziale Ungerechtigkeit dem Verbrechen in die Arme getrieben und schließlich der Schrecken seiner Vaterstadt und seines Landes wird. Eltern, kirchliche und weltliche Amtspersonen verschwören sich wider ihn, um seine Ehe mit einem armen Mädchen zu hindern. Das fettert ihn nur noch fester an die Geliebte und läßt ihn auf eigene Faust den Kampf mit der Gesellschaft aufnehmen. Die Schilderung dieser tragischen Konflikte beruht auf geschichtlichen Tatsachen. Die Kunst des Autors aber gibt uns mehr als diese Tatsachen: sie deckt uns die feinsten Entwicklung des Verbrechers auf und stellt die soziale Schuld der Gesellschaft an den Branger. So gewinnt der Roman Größe und kulturhistorische Bedeutung. Und da er in freihetlichem Geiste geschrieben ist und soziale Mängel berührt, die zum großen Teil auch heute noch wirksam sind, wird er jeden Arbeiterleser, jede denkende Arbeiterin besonders stark fesseln.

Neben dem Hauptroman gelangt zunächst zum Abdruck:

Pulver und Gold.

Ein Roman aus dem Kriege 1870/71 von Levin Schüling.

„Der Krieg! Er war wie ein böser Genius, den die Hölle ausgesandt hatte, um sein entsetzliches Gift auf alles, was da lebte, blühte und gedieh, auszulippen, auf jede Frucht, jedes Glied, auf jeden Menschenkreis und in jedes warm schlagende Herz!“

Diese sehr zeitgemäßen Worte, die dem Roman entnommen sind, deuten den Sinn der interessanten Handlung an. Ein deutscher Wägenwachtmeister befehlt mit einem kleinen Kommando ein französisches Schloß, trifft hier auf allerlei verdächtige Umstände und verliebt sich in die Tochter des Hauses, die ihm als Feindin entgegentritt. Soldatische Pflicht und Neigung geraten in Konflikt, Verstand und Herz in Widerstreit. Der Autor versteht es, diesen Konflikt in feiner und ungezwungener Weise zu lösen und so den Roman in verständlicher Weise ausklingen zu lassen.

Anderer Erzählungen werden folgen.

Jedes Heft enthält außer den fortlaufenden Erzählungen volkstümliche Abhandlungen aus allen Wissensgebieten und eine Ecke für Witze und Scherz.

In jeder Woche erscheint ein illustriertes Heft für 15 Pfennig

Bestellungen erbitten wir durch den Zeitungsträger.



Preiswerte Schuhwaren

Ohne Bezugsschein, da nicht bezugsscheinpflichtig.

Damen-Schnürstiefel	24.50	21.50	12.50
Derby mit und ohne Lackkappen	18.50	16.50	
Herren-Schnürstiefel	24.50	21.50	11.75
Derby mit und ohne Lackkappen	18.50	14.50	
Damen-Knopfstiefel	24.50	22.50	16.50
Lack und Chevreau	19.50		
Schnür- und Spangenschuhe	18.50	15.50	8.50
Lack und Chevreau	12.50	10.50	

Potolowsky

Osten, Gr. Frankfurter Straße 141, Ecke Fruchtstraße

Soldaten-Sprachführer

Deutsch-Französisch
Deutsch-Polnisch
das Stück zu 15 Pf.
Deutsch-Italienisch
Deutsch-Englisch
Deutsch-Russisch
das Stück zu 20 Pf.
Porto je 3 Pf.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Zu allerbilligsten Tagespreisen empfehle in allen meinen Verkaufsstellen

Butter, Eier, Käse Marmeladen und andere Nahrungsmittel in besten Qualitäten.

J. F. Assmann Butter-Großhandlung.

35 Verkaufsstellen in Groß-Berlin.

Solange der Vorrat reicht

liefert die Buchhandlung Vorwärts, Berlin, folgende älteren Jahrgänge der reichillustrierten Romanzeitschrift „In freien Stunden“ jeden Band statt gebunden 4 Mark für nur 2 Mark.

- Band 1:** Inhalt: „Die Töchter des Säbend.“ Von Fabier de Montpin. — Ferner die reizende Erzählung „Amuseur geopfert.“ Von Robert Schweißel.
- Band 2:** Inhalt: „Der Defekt.“ Ein Charaktergemälde aus dem 18. Jahrhundert. — „Ein Retrat.“ Von Erdmann-Chariton. — „Eine Scheinhe und ihre Folgen.“ Von J. R. Potapenko. — „Die Kuchengestolen.“ Von R. Hartmann.
- Band 3:** Inhalt: „Im Sinne der Verführung.“ Roman von Hector Malot. — „Die Räuberin.“ Von H. Schuler-Schmidt. — „Der Verdacht.“ Von O. Kuppisch. — „Das Kloster bei Sandomir.“ Von G. Grillparzer.
- Band 4:** Inhalt: „Der Kurier des Jaren.“ Von Jules Verne. — „Das Verbrechen des Bediars.“ Von Otto Kuppisch. — „Am Wafanger Nord.“ Von Theodor Wägge. — „Wie der Großvater die Großmutter nahm.“
- Band 5:** Inhalt: „Der verlorene Sohn.“ Roman von Hall Gaine. — „Der Fischling.“ Robelle von Moritz Hartmann. — „Am Biehlbergwerk verurteilt.“ Briefe von Salim Jafaratom. — „Die Narrenburg.“ Erzählung von Adalbert Stifter.
- Band 6:** Inhalt: „Der Defektor.“ Roman von Robert Buchanan. — „Zwei Wägen.“ Roman von Madame Vigot. — „Der rote Zimmermann.“ Humoreske von Friedrich Gerstädt. — „Waldspinn.“ Gedicht von Otto Kuppisch. — „Der Weihnachtsabend.“ Eine Gesteirgerichte.
- Band 7:** Inhalt: „Rebellen.“ Erzählung von E. Schmittow. — „Der Widner von Notre Dame.“ Roman von Victor Hugo. — „St. Peters Regensturm.“ Erzählung von R. Wiggatz.
- Band 8:** Inhalt: „Die Wägen der Wägen.“ Von Johannes Scherr. — „Eine Herrenhoffung.“ Von Selma Lagerlöf. — „Rosa und Minette.“ Von Alfonso Daudet. — „Homo und Julia.“ Eine Erzählung aus dem Mittelalter. — „Und Herz.“ Eine Erzählung von Robert Schweißel. — Die lustige Humoreske „Kapitän Hoffmanns Exzentrik.“
- Band 9:** Inhalt: „Das Einmal.“ Von Leon Cladel. — „Sigris, das Hühnermädchen.“ Von Theodor Wägge. — „Der kamrate Dank.“ Von Melchior Debur. — „Steinermanns Feldherr.“ Von Carl Kuffel. — „Vater und Sohn.“ Von J. Potapenko.
- Band 10:** Inhalt: „Der Halb.“ Von S. Lumbrera. — „Kantab.“ Von Emile Zola. — „Der graue Papagei.“ Von H. B. Jacobs. — „Prälatin Hollabach.“ Von H. E. Stebbem. — „Unbesahnte Schuld.“ Von H. Strainoff. — „Wie Joggeli eine Frau sah.“ Von J. Gottlieb. — „Der Vater von Kitzschanten.“ Von R. Schweißel. — „Dreier Quind.“ Von H. B. Jacobs.
- Band 11:** Inhalt: „Stenliwer.“ Von Walter Scott. — „Die Kammerfahre.“ Von Frau S. W. Gollinowa. — „Trinette.“ Gasse von Fern. Heijermans. — „Widels Hochzeit.“ Von Jette Kuffel. — „Ein Tag aus dem Leben des Kaiserreichs Hitterer II.“ Von Halder Olden.
- Band 12:** Inhalt: „Stefan vom Gellenshof.“ Von Minna Kautsch. — „Es lebt die Gerechtigkeit.“ Von Theodor Wägge. — „Eine Stunde im Leuchturm.“ Von Moritz Hartmann.
- Band 13:** Inhalt: „Der rote Jansen.“ Von Hall Gaine. — „Eigene Kraft.“ Von Lemmon. — „Der schwarze Rater.“ Von H. Jacobs.
- Band 14:** Inhalt: „Über Zwit.“ Von G. Döden. — „Das längste Vergangene.“ Von Gerstahl. — „Die Brüder Waichler.“ Von Hartmann. — „Nolte, der Netrat.“ — „Der gerbrochene Krug.“
- Band 15:** Inhalt: Emile Zola: „Germinal.“ — G. Gerstädt: „Ein Lucia della Nobilia.“ — Jonas Lie: „Zinbella.“
- Band 16:** Inhalt: Walter Scott: „Ivanhoe.“ — Clara Wiebig: „Das Weibchen.“ — Th. Wägge: „Die Wunderwägen des Propheten.“ — J. Gottlieb: „Die angenehme Lieberführung.“

Bei Bestellungen genügt Angabe der Nummer des Bandes.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Norden

Erscheint wöchentlich einmal. Untergeordnete Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Drogen, Farben Benzkendorf Fisch- u. Wurstw. Gutschmanns Centr. Herr., Dam., Knab- u. Mädchen-Garder. O. Hoffmann Kolonialwaren M. Saagebarth W. Thoma	Solange der Vorrat reicht Gerold Bei gemeinsamem Bezug Preisermäßigung Berlin, Lützowstr. 94. Verlangen Sie Preisliste. Möbelmagazine Wiese & Co.
---	---

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 3

Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns

Preis 1 Mark

Protokoll der Verhandlungen, die am 9. Januar 1916 zwischen der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstages, dem sozialdemokratischen Parteivorstand und Parteiaussschuß, der Generalkommission und den Vorständen der deutschen Gewerkschaften, einer Vertretung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und einer Vertretung der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs und der österreichischen Gewerkschaften in Berlin über die wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns stattfanden.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten

Erscheint wöchentlich einmal. Untergeordnete Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Butter, Eier, Käse P. H. Ackermann, 8 Filialen	Mehlhandlung Joh. Pietsch Photograph. Ateliers Hayn, Frankfurt, Allee 95 Rug. Ringb. Frankf. Allee Rth. Wenzel
Solange der Vorrat reicht Gerold Bei gemeinsamem Bezug Preisermäßigung Berlin, Lützowstr. 94. Verlangen Sie Preisliste.	Schw. u. Besohlantaten J. Heinrich Warenhäuser Hamburger Warenhaus Max Flemming Alt-Stralau 11, Torw.-Lsg. erb. 3 1/2 Zahn-Atelier Wohlhoff Neue Königstr. 40 (am Alexanderpl.)

DAME-SCHACH-SPIEL MÜHLE

Zusammen 50 Pfennig
Porto 10 Pfennig

Leicht in der Tasche und im Tornister zu tragen. In Karton, vollständig mit Anleitung für Schachspiel.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Warenhaus Wilhelm Stein

Chausseestrasse 70-71 * BERLIN N * Chausseestrasse 70-71

Die heute inserierten Artikel sind ohne Bezugsschein erhältlich, weil nicht bezugsscheinpflichtig.

Damen-Wäsche

Damen-Hemden mit breitem Stickerei-Kin- und Absatz 675
 Damen-Kniebeinkleider mit Volant und Hochsaumstick. 525
 Rock-Beinkleider aus Batist m. breit. Band- durchzug 975
 Elegante Batist-Untertaillen m. reicher Stickerei. 645
 Prinzess-Unterröcke in all. Gröss. 1295 1695
 Prinzess-Unterröcke in all. Gröss. 1725 1950

Säuglingswäsche

in grosser Auswahl und allen Preislagen

Korsette

Frack-Korsette aus gutem Dreil mit Strumpf- halter 495
 Frack-Korsette extra lang 595
 Frack-Korsette mit extra starken Einlagen und 4 Strumpfhältern 695
 Frack-Korsette aus festem Stoff mit einge- setztem Zwick. u. rostr. Einlag. 725
 Büstenformer aus weissem Tüll, verstellbar 295

Handschuhe

Damen-Handschuhe ohne Finger, mit weiss und farbig 35 Pf.
 Damen-Handschuhe Zwirn, m. 2 Druck- knöpfen, farbig, 75 Pf.
 Damen-Handschuhe Leinen-Ersets, m. 2 Druck-Knöpfen, marine, schwarz, weiss 95 Pf.
 Damen-Handschuhe reine Seide, ohne Ping., 8 u. 12 Kn. lg. 125
 Konfirmanden-Handschuhe reine Seide, 2 Druckknöpfe, schwarz und weiss 145
 Konfirm.-Handschuhe Glace-Lamm- leder, weiss 190
 Kinder-Handschuhe reine Seide, mit 2 Druckknöpfen 65 Pf.

Schürzen

Bunte Blusen - Schürzen hell und dunkel 465 525
 Bunte Haus-Schürzen hell u. dunkel 465 540
 Kleider-Schürzen hell gestreift 595 675
 Kleider-Schürzen Satin, dunkel ge- 495 625 710
 Bunte Satin-Schürzen Wien. Form 495 550 625 795
 Weisse Stik.-Schürz. Wien. Form 475 525 625 695
 Weisse Tee-Schürzen 210 265 385 450

Kurzwaren

Militär-Nähzeug reich gefüllt 75 Pf.
 Schwarze Gürtel imit. Leder 48 Pf.
 Kinder-Gürtel in vielen Farben 25 Pf.
 Kinder-Gürtel mit gleichfarbiger Schnalle, in vielen Farben 35 Pf.
 Druckknöpfe in allen Grössen, schwarz und weiss 15 Pf.
 Druckknöpfe in allen Grössen, garantiert rostfrei 20 Pf.
 Haarschleifen in verschied. Farb. u. Breit. 12, 15, 23, 29 Pf.

Wirtschaftsartikel

Rosshaarbesen 125 245 275
 Rosshaarhandfeger 98 Pf. 125 145
 Kleiderbürsten 48, 68, 75 Pf.
 Haarbürsten 48, 65, 98 Pf.
 Rohrklopfer 15, 25 Pf.
 Aermelplättbretter be- zogen 68, 85 Pf.
 Fussbänke 68, 98 Pf.
 Gewürzschränke 68, 98 Pf. 135
 Eierschränke 95 Pf. 125 175
 Tablett mit Einlage 125
 Handtuchhalter 60, 95 Pf. 125
 Federwedel 65, 98 Pf.
 Messerkästen 68, 98 Pf.
 Brotschneidemaschine 395 495
 Fruchtpressen 98 Pf. 125
 Königskuchenform. 55, 68, 98 Pf.
 Gazeglocken 48, 65, 75, 98 Pf.
 2 Gasplätteln vernickelt, mit Erhitzer 725
 Kohlenplätteln 395
 Reibemaschinen 195
 Isolierflaschen Thermoex 1/2 Liter 250
 Essbestecke m. schwarz. Griff, Paar 48 Pf.
 Essbestecke m. vernick. Griff, Paar 65 Pf.

Kleiderstoffe

Schleierstoffe hell- und dunkelfarbig, moderne Blumen- muster 225 325 450
 Schleierstoffe gestreift u. gestickt, doppeltbreit Mtr. 495 550 695
 Schleierstoffe weiss gestickt, Schweizer Fabrikat Mtr. 695 725 875
 Wasch-Musselin u. Batist beste Qualität und Muster 175 260 295
 Satin geblümt, für Schürzen u. Taschen, schöne Muster Mtr. 210 250 350
 Seiden-Voile und Eolienne viele Farben, 110 cm breit 550 750 925
 Bast-Seide geblümt und gestickt 450 550 875
 Schwarze Stoffe für Kleider und Blusen 350 450 750
 Kostüm-Stoffe in reiner Wolle, 130-140 cm br. Mtr. 1150 1450 1875

Seidenstoffe und Samte

Blusen-Seide moderne Karo 245 325 435
 Blusen-Streifen reine Seide, in gross. Auswahl Mtr. 125 165 295
 Kleider-Seide glänzende Gewebe, 90-110 cm br. Mtr. 550 725 850
 Kleider-Taffet gute Qualität, 100 cm breit 925 995 1150
 Schwarzer Kleider-Samt 70 cm breit, Lindener Körper- Ware 695 775 900

Damen-Konfektion

Damen-Mäntel, Jacketts 2675 1650 890
 in verschiedenen Stoffen und Macharten
 Damen-Mäntel aus Covercoat 3200 2875 1650
 und ähnlichen Stoffen
 Damen-Sommermäntel 3200 2800 2250
 aus Wolle und anderen Geweben

Wollene Blusen 850 795 695 595
 in einfarbig und kariert, halsfrei
 Wollene Blusen 1350 1250 895 695
 in schwarz, halsfrei u. geschlossen
 Blusen aus Schleierstoff, halsfrei und geschlossen 1550 1250 1175 790
 Blusen aus weissem Schleierstoff 575 395 295 225
 Schleierstoff 750
 Blusen aus Seide, farbig und weiss, hals- frei und geschlossen 1175 950 750 595

Röcke in marineblau und schwarz, moderne Macharten 1750 1525 1250 790
 Röcke aus bunten Stoffen 1450 1275 975
 in Glockenform
 Röcke aus Waschstoffen, weiss und farbig 975 690 490 295

Herren-Artikel

Bunte Oberhemden mit und ohne Manschetten 725 775 825
 Weiss. Oberhemden mit und ohne Manschetten 775 825 895
 Serviteurs weiss 75, 85 Pf. 120 140
 Sportkragen 3 Stück 180 und 3 Stück 240
 Stehumlegekragen prima, vier- fach, 3 Stück 270 320
 Stehkragen Leinen, vierfach, in mod. Formen 225 245 275
 Krawatten Selbstbinder u. Regattes 75, 95 Pf. 150
 Selbstbinder reine Seide 250 325 425
 Hosenträger Paar 125 150 195 250

Strümpfe

Herren-Socken Baumwolle 28, 68 Pf.
 Herren-Socken Tramaselide, mit Fiorrand und Sohle, schwarz 195
 Herren-Socken Kunstseide, feinfarbig 175
 Damen-Strümpfe durchbrochen, schwarz 100
 Damen-Strümpfe durchbrochen, feinfarbig 118
 Damen-Strümpfe Fior, glatt u. durchbrochen 138
 Damen-Strümpfe Fior, glatt, schwarz 175
 Damen-Strümpfe Seidenfior, glatt, schwarz 225
 Damen-Strümpfe Seide, mit Fiorrand und Sohle, schwarz 250
 Damen-Strümpfe Chappeselide, schwarz 300
 Damen-Strümpfe Seide, mit Fioransatz, grau und beige 195
 Damen-Strümpfe Tramaselide, mit Fiorrand und -Sohle 350
 Kinder-Strümpfe Baumwolle, Gr. 5-7, schw. 70 Pf. 8-9 80 Pf.
 Kinder-Strümpfe Baumwolle, schwarz, nur kleine Grössen 28 Pf.
 Kinder-Söckchen 28, 38, 48, 68, 88 Pf.
 Zipfel-Mützen Kunstseide 135 150 175 225

Weisswaren

Stuartkragen aus Glasbatist, reich bestickt, Fillet-Motiv 75, 95 Pf. 125
 Stuartfrüschchen aus Glasbatist od. Tüllspitze 75, 98 Pf. 145 195
 Mod. Blusenkragen a. Glasbatist, reich verar- 150 195 350
 beitet, grosse Form
 Spitzentücher mod. aus Tüll und Spitzen 75 Pf. 165 250 295
 Garnituren aus Rippe, mit Languetto und Lochstickerei 98 Pf.

Taschentücher

Damen-Batisttücher mit bunter Kante 40 Pf.
 Damen-Batisttücher mit gestickter Ecke 65 Pf.
 Damen-Batisttücher imit. Madel- ra. 1/4 Dtz. 185 225 250
 Damen-Batisttücher mit Buch- stab. 1/4 Dtz. 195 265 295
 Damen-Tücher weiss, mit bunt. Kante, 1/4 Dtz. 195
 Herren-Batisttücher m. bunter Kante St. 50, 65, 75 Pf.
 Herren-Batisttücher mit Buchstab., 1/4 Dtz. 300
 Militär-Tücher Stück 40, 50, 65 Pf.
 Flaggen-Tücher Stück 30 Pf.

Emailewaren

Milchkannen 4 Liter 145 5 Liter 175
 Schmortöpfe mit Ring 90 Pf. 175
 Kasserollen mit Ring 48 Pf. 175
 Leitungsschoner decor. 175
 Einkochkessel Stück 225 275 295
 Zum Einkochen
 Einkochapparate mit Thermometer 1095
 Einkochdosen Weiss- blech m. Gummi u. Klamm 55, 75, 98 Pf.
 Gläser Monopol 1/2 Liter 60 Pf. 1/4 Liter 65 Pf.
 Gläser Monopol 1/2 Liter 70 Pf.
 Fruchtpressen Stück 98 Pf. 125

Ein Waggon Emaille 75 Pf.
 mit kleinen Fehlern